

OKTOBER 2025

Schweizer Revue

Die Zeitschrift für
Auslandschweizer:innen



**Taut der Permafrost und bröckeln die Berge,
erschüttert dies das Bild vom Leben in den Alpen**

**Wo komme ich her, wo liegen meine Wurzeln?
Ahnenforschung als emotionale Spurensuche**

**In Graubünden blieben Autos bis 1925 verboten,
doch heute ist dort die Autodichte auffällig hoch**

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra



Die Schweiz in der Tasche

SwissInTouch.ch
Die App für die
Auslandschweizergemeinschaft

swissintouch.ch

Ausschliesslich hier erhältlich

Konsularische Dienstleistungen

überall, komfortabel auf Ihren
mobilen Geräten



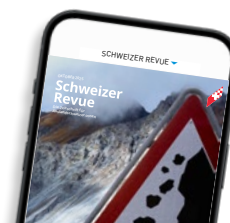
Guichet en ligne DFAE
Online-Schalter EDA
Sportello online DFAE
Online desk FDFA

www.eda.admin.ch Bukarest (2022)



Lesen statt warten.

Ist die gedruckte «Schweizer Revue» wieder einmal überfällig? Holen Sie sich das Heft auf Ihr **Tablet oder Smartphone**. Die App dazu ist gratis und werbefrei. Sie finden die App mit dem Suchbegriff «Swiss Review» in Ihrem Appstore.



Die Schweiz – überall mit Ihnen!

Verpassen Sie nichts zwischen zwei Ausgaben der «Schweizer Revue»

Schliessen Sie sich uns noch heute an und bleiben Sie
mit der Schweiz verbunden – egal, wo Sie sind!



Facebook
Das Leben der
Auslandschweizer:innen
rund um den Globus



Instagram
Die Schweiz
in Bildern
und Videos



LinkedIn
Exklusive Infos
der ASO & des
Auslandschweizerates



Online-Community
Austausch mit
Schweizer:innen
weltweit



Newsletter
Aktuelle Themen,
Ratschläge &
relevante Angebote

4 Schwerpunkt

Der Bergsturz von Blatten erschüttert Gewissheiten zum Leben in den Bergen

9 Nachrichten

Trumps Zölle von 39 Prozent wirken wie eine Strafe: aber eine Strafe wofür?

10 Gesellschaft

Wer nach Ahnen in der Schweiz forscht, begibt sich auf eine emotionale Reise

Der Bundesrat will Schweizer Eltern die Adoption ausländischer Kinder verbieten

16 Reportage

Bis 1925 blieb in Graubünden das Autofahren verboten – mit kuriosen Folgen



Flugblatt der Autogegner in Graubünden, 1925

Nachrichten aus Ihrer Region

20 Politik

Eine Erbschaftssteuer für Superreiche? Darüber entscheidet bald das Volk

Der Preis steigt und steigt: Der Kauf neuer Kampfjets ist ein Kostendebakel

24 Tourismus

Weil Airbnb die Mieter aus dem Quartier verdrängt, geben Städte Gegensteuer

28 Aus dem Bundeshaus

Sie steht fürs humanitäre Wirken in der Fünften Schweiz: Elisabeth Eidenbenz

31 SwissCommunity

Ein Meinungsbeitrag zur aktuellen Spardebatte: Swissinfo unter Druck

Die SwissCommunity Days 2025 waren ein neues Format des Austausches

1/800 000: Susanne Mueller aus den USA legt ein weiteres Puzzle-Teilchen

Titelbild: Steinschlag-Warnschild in den Schweizer Alpen.
Foto Keystone (Val dal Botsch), Bildmontage Joseph Haas

Erschütterungen



Der Herbst in der Schweiz von seiner schönsten Seite? Da lässt sich vieles aufzählen. Faulenzen in der Oktobersonne am Waldrand; Boule-Spielen mit guten Freunden und Freundinnen im Stadtpark; Wandern in den Voralpen; Blättern im neuen Theater- und Konzertprogramm; die letzten Tomaten ernten; die ersten Kastanien rösten. – Immer noch nachhallend ist allerdings auch das, was diesen Sommer die Schweiz erschüttert hat.

Am 1. August 2025 etwa ging der grösste Knall nicht vom landauf, landab gezündeten Feuerwerk aus, sondern von US-Präsident Donald Trump. Er beschenkte die Schweiz an ihrem Nationalfeiertag mit Warenzöllen von 39 Prozent. In Europa der herausragende Rekordwert. Seither fragt sich die Schweiz, die selber keinerlei Zölle auf US-Waren erhebt, wofür genau sie da bestraft wird. Die Folgen sind noch unabsehbar. Teile der Schweizer Industrie leiden bereits spürbar. Erste Firmen können ihre Mitarbeitenden nicht mehr wie bisher weiterbeschäftigen.

Den 1. August hätten viele lieber genutzt, um eine andere, gewaltige Erschütterung gemeinsam zu verarbeiten: den Bergsturz von Blatten, der am 28. Mai 2025 nicht nur ein ganzes Dorf begrub, sondern seither bisherige Gewissheiten erschüttert. Was heisst es fürs Leben in den Bergen, wenn der Permafrost schmilzt und im Extremfall Berggipfel zu Tal stürzen? Was heisst es, wenn solches öfters geschieht? Und was geschieht mit dem Zusammenhalt im Lande, wenn die Menschen von Blatten jetzt vom Wiederaufbau ihres Dorfes reden – und Städterinnen und Städter davon, dass das doch sinnlos sei? Den erschütterten Gewissheiten im Bergtal und dem erschütterten Verhältnis Schweiz–USA gehen wir in dieser «Revue» nach.

Ein drittes Thema kommt dazu, das Gewissheiten schaffen oder erschüttern kann: die Ahnenforschung. Die Zahl der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die nach ihren Schweizer Wurzeln suchen, ist hoch. Tendenz steigend. Machen sich die Suchenden dabei auch noch gleich auf den Weg in die Schweiz, sind die bewegenden Momente unausweichlich, sagt Ahnenforscher Kurt Mürner in unserer Reportage: «Für die Nachfahren ist es eine emotionale Reise zu den eigenen Wurzeln.»

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Eine weitere «Erschütterung» beschäftigt uns: Der Bund hat angekündigt, Subventionen zu kürzen – auch bei der ASO. Unsere Möglichkeiten, die gedruckte «Schweizer Revue» weiterhin kostenlos zu versenden, werden eng. Spenden aus der Leserschaft sind deshalb wichtiger denn je. Setzen Sie ein Zeichen und zeigen Sie Solidarität mit der «Schweizer Revue»! Mehr dazu auf Seite 33.



Hier spenden

Herausgeberin der «Schweizer Revue»,
des Informationsmagazins für die Fünfte Schweiz,
ist die Auslandschweizer-Organisation.

**Swiss
Community**

An aerial photograph of a mountain valley. A large, dark, and wide debris flow (Bergsturz) has descended from a steep, forested slope, filling a significant portion of the valley floor. The debris flow is composed of dark rock and sediment, with some lighter-colored patches. The surrounding slopes are covered in dense green forests. In the foreground, a large, dark wooden cross stands prominently, its arms extending across the frame. Below the cross, a small village with several buildings is visible. The overall scene is one of a major natural disaster in a mountainous region.

Taut der Untergrund, wanken die Berge

Der verheerende Bergsturz von Blatten (VS) hat die Schweiz erschüttert. Die Katastrophe wirft die Frage auf, wie sicher das Leben in exponierten Alpentälern ist. Forschende warnen davor, dass mit der Klimaerwärmung das Risiko für Bergstürze und Schlammlawinen weiter steigt.

Der Blick auf das verschüttete Dorf Blatten. Der Eis- und Schuttkegel ist zwei Kilometer lang und bis zu 100 Meter tief. Von links donnerte die Schuttlawine ins Tal – und auf der rechten Talseite brandete die Lawine bis zum Weiler Weissenried hoch. Foto Keystone

Der Permafrost, der die Berge wie ein Kitt zusammenhält, taut immer stärker auf. Die Folge: Geröll gerät ins Rutschen, Schmelzwasser dringt in tiefe Schichten und begünstigt die Erosion.

THEODORA PETER

Das Dorf Blatten existiert nicht mehr. Am 26. Mai 2025 verschütteten gegen zehn Millionen Kubikmeter Geröll und Eis die Gemeinde im Walliser Lötschental. Die Bewohnerinnen und Bewohner waren zwei Wochen zuvor in die Nachbardörfer evakuiert worden. Von dort mussten sie fassungslos zuschauen, wie der Birchgletscher um 15.30 Uhr mit einem lauten Knall zerbarst, ins Tal stürzte und das Dorf unter sich begrub.

Die Katastrophe war die Folge einer fatalen Kettenreaktion: In den Tagen und Wochen vorher waren vom Kleinen Nesthorn grössere Felsmassen auf den darunter liegenden Gletscher abgebrochen. Dieser hielt dem enormen Druck der Schuttmasse letztlich nicht stand. Gemäss den Forschenden der ETH Zürich, die den Gletscher und das Kleine Nesthorn seit den 1990er-Jahren beobachten, ist es wahrscheinlich, dass der Klimawandel das Auftauen des Untergrunds und die Zunahme von Felsstürzen begünstigt hat. Sie sehen Parallelen zum Bergsturz von Bondo in Graubünden vom August 2017: Damals brachen vom Pizzo Cengalo rund drei Millionen Kubikmeter Fels auf einen kleinen Gletscher ab, rissen diesen teilweise mit und lösten einen Murgang aus. Acht Touristen, die auf Wanderwegen unterwegs waren, starben. Die Bevölkerung in Bondo kam mit dem Schrecken davon, doch verursachte der Murgang schwere Schäden an Häusern und Strassen. Um das Dorf gegen künftige Gefahren zu sichern, investierten die Behörden über 50 Millionen Franken in Schutzbauten, darunter einen Damm gegen Hochwasser.

Pläne für raschen Wiederaufbau

In Blatten haben die 300 Einwohnerinnen und Einwohner ihr gesamtes Hab und Gut verloren. Ein Mann, der zum Zeitpunkt des Bergsturzes zu seinen Schafen unterwegs gewesen war,

wurde später tot aufgefunden. Noch am Tag der Katastrophe rief Gemeindepräsident Matthias Bellwald zum Wiederaufbau des Dorfes auf und sagte dabei den vielzitierten Satz: «Wir haben das Dorf verloren, aber nicht das Herz.» Bereits zwei Wochen später präsentierte der Gemeinderat die Vision einer Rückkehr innerhalb der nächsten fünf Jahre. Es sei wichtig gewesen, eine Perspektive zu vermitteln «und aufzuzeigen, dass der Wiederaufbau machbar ist», erzählt Bellwald, als ihn die «Schweizer Revue» im Juli in Wiler besucht. Vom Nachbarort aus leitet der Gemeindepräsident die Geschicke der Dorfgemeinschaft. 80 Prozent der Blattnerinnen und Blattner sind im Lötschental geblieben, wo sie in Nachbargemeinden Unterschlupf fanden. Der befürchtete Exodus weg vom Tal blieb aus. Das hat auch damit zu tun, dass die Kinder aus Blatten seit jeher in Wiler und Kippel zur Schule gehen. «Für die Schulkinder ist sehr wichtig, dass sie in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können», sagt Bellwald. Für die Erwachsenen geht es darum, sich nach einer Phase von Schock und Trauer in einer neuen Normalität zurechtzufinden. «Das ist nicht immer einfach», erklärt der Gemeindepräsident. Auch

wenn man im Exil freundschaftlich empfangen werde: «Das vertraute Zuhause fehlt.» Man spüre, dass viele Menschen unbedingt in «ihr Blatten» zurückkehren möchten. «Wir arbeiten mit vollem Elan daran, dass dies eine Realität wird.» Zunächst wird der Zugang zu den nicht zerstörten Weilern oberhalb des Dorfs erschlossen, bevor ab 2026 der verschüttete Dorfkern freigelegt werden soll. Ab 2029 soll das neue Blatten entstehen, so der Plan.

Die Privatversicherer haben rund 300 Millionen Franken für Neubauten in Aussicht gestellt. Hinzu kommen Investitionen der öffentlichen Hand in



Der Blattner Gemeindepräsident Matthias Bellwald will sein Dorf nicht aufgeben: «Das ist unsere Heimat und unser Boden.» Foto Keystone

Strassen, Strom- und Wasserversorgung. Bund und Kanton Wallis haben ihre Unterstützung zugesichert. Solidarisch zeigen sich auch viele Schweizer Gemeinden und Privatpersonen, die für den Wiederaufbau Geld spenden.

Nebst der grossen Unterstützung gibt es auch kritische Stimmen, die sich fragen, ob die Natur gewisse Gebiete unbewohnbar macht. Für den Gemeindepräsidenten ist es unvorstellbar, Blatten aufzugeben: «Das ist unsere Heimat und unser Boden.» Das Dorf gehöre den Menschen, die es verloren haben, «und wir haben das Recht, auf unser Land zurückzukehren». Ein «Jahrtausendereignis» wie in Blatten könne letztlich überall passieren.

«Die Heimat ist ein heikles Thema, wenn jemand sie von aussen zur Disposition stellt»

Der Historiker, Ethnologe und Gebirgsforscher Jon Mathieu über die gesellschaftlichen Folgen von Naturkatastrophen und die Identität der Schweiz als Alpenland.

INTERVIEW: THEODORA PETER

Der Bergsturz von Blatten hat die Menschen im Lötschental zusammengeschweisst. Gilt das auch für die Schweiz?

Jon Mathieu: «Zusammenschweissen» ist für die Schweiz wohl zu stark ausgedrückt. Der Bergsturz löste aber eindeutig eine nationale Solidarisierungswelle aus. Besonders berührend waren die Unterstützungsbeiträge, die aus vielen kleinen Gemeinden kamen. Sie wären nicht wirklich verpflichtet gewesen, die Lötschentalerinnen und Lötschentaler zu unterstützen, aber sie haben es getan. Die Präsidentin des Nationalrats nahm dieses Grundgefühl auf und eröffnete die Sommersession mit einer kurzen Ansprache über die Katastrophe unter dem Titel «Gemeinsam für Blatten – ein Land steht zusammen».

Weshalb lösen Naturkatastrophen ein solches Wir-Gefühl aus?

Empathie und das Gefühl der Zusammengehörigkeit: In schweren Momenten steht man sich bei. Das heisst nicht, dass jetzt alle ein Herz und eine Seele sind, im nächsten Moment kann der Kampf um einen Platz an der Sonne weitergehen. Doch zunächst ist man betroffen, und will etwas tun. Dies lässt sich in der Geschichte meh-



Jon Mathieu (*1952) ist emeritierter Professor für Geschichte an der Universität Luzern. 2000 war er Gründungsdirektor des heutigen Laboratoria di Storia delle Alpi an der Università della Svizzera italiana. Foto ZVG

rere Jahrhunderte zurückverfolgen. Im konfessionellen Zeitalter verteilte man seine «Liebesgaben» in Form von Geld und Naturalien in erster Linie an Glaubensbrüder, mit der Nationenbildung dann an die Miteidgenossen beiderlei Geschlechts. Der bekannte Auftakt für diese Phase bildete der Bergsturz von Goldau 1806. Der historisch neue «Landammann der Schweiz» erliess einen entsprechenden Aufruf, und die Leute begannen zu ahnen, dass sich seit der «Alten Eidgenossenschaft» etwas geändert hatte.

Inwiefern gehört das Bild der Alpen-Schweiz zur Identität des Landes? Hat sich dieses Bild im Laufe der Zeit verändert?

Erste Ansätze zu einer Alpen-Identität der Eidgenossenschaft gab es im 16. Jahrhundert, als einige Chronisten von einem «Alpenvolk» sprachen, auch um zu betonen, dass sie nicht zu stark

zum Heiligen römischen Reich deutscher Nation gehören wollten. Wichtig wurde diese Identität aber erst im späten 19. Jahrhundert, etwa mit der Eröffnung der Gotthard-Bahn 1882. Sie war ein Stolz des neu zusammengeführten Bundesstaats und signalisierte der ganzen – westlichen – Welt, dass es hier Berge gibt. Intensiv zelebriert wurde das alpine Selbstbild dann in den Landesausstellungen von 1914 in Bern und 1939 in Zürich. Zufällig öffneten beide Ausstellungen ihre Tore kurz vor den Weltkriegen, die das Land in eine schwierige Situation brachten. Seit den 1960er-Jahren ist diese Identifikation mit den Alpen innenpolitisch rückläufig, international gilt die Schweiz aber weiterhin als Bergland.

Darf man beim Schutz vor Naturgefahren die Kosten-Nutzen-Frage stellen – oder gar darüber nachdenken, bisher bewohnte Bergtäler aufzugeben?

Man darf alles, läuft aber Gefahr, dass diese Frage auf schlechte Resonanz seitens der Einheimischen stösst. Sie werden antworten, man habe auch nicht darüber diskutiert, ob man Basel aufgeben soll, als es dort ein Erdbeben gab, oder ob man Zürich und Bern evakuieren soll, als es dort zu Überschwemmungen kam. Die Heimat ist ein heikles Thema, wenn jemand sie ungefragt von aussen zur Disposition stellt. Ausserdem sind viele regionale Kosten-Nutzen-Theorien ziemlich laienhaft gemacht und vorurteilsbeladen. Eine wissenschaftliche Analyse dieser komplexen Frage über eine längere Zeit gibt es bisher nicht.

www.labisalp.usi.ch

Der Bergsturz von Goldau 1806 beförderte den Geist der nationalen Solidarität. Nach der Katastrophe kam es erstmals zu einer landesweiten Spendensammlung. Bild Keystone



Wäre die Gefahrenkarte darauf ausgelegt, «müssten wir die ganze Schweiz umsiedeln».

Unsichere Zukunft in Brienz

Das Szenario einer Umsiedlung trifft möglicherweise ein anderes Schweizer Bergdorf: Im bündnerischen Brienz ist der Hang oberhalb des Dorfs schon länger in Bewegung geraten («Revue» 5/2023). Im November 2024 mussten die 90 Bewohnerinnen und Bewohner ihre Häuser auf unbestimmte Zeit verlassen. Das von einer Steinlawine bedrohte Dorf darf seither nicht mehr betreten werden. Nach starken Niederschlägen nahmen auch diesen Sommer die Geröllbewegungen wieder zu, bei Redaktionsschluss Mitte August hatte sich die Lage etwas entspannt. Die Behörden beteuern, dass das Dorf nicht aufgegeben werden soll. So soll der Bau eines Entwässerungstollens für 40 Millionen Franken den Druck auf die Rutschungen reduzieren. Dennoch bereitet man sich in Brienz auf eine mögliche Umsiedlung vor.

Den sorgenvollen Blick auf bröckelnde Berge kennt man auch im Berner Oberland, zum Beispiel in Guttannen, das in der Vergangenheit immer wieder Murgänge erlebt hat («Revue» 4/2022). Oder in Kandersteg: Dort wird die instabile Flanke des «Spitze Stei» seit Jahren mit Messinstrumenten und Kameras überwacht. Aufgrund des schmelzenden Permafrostes drohen grosse Felsabbrüche mit Volumen bis zu mehreren Millionen Kubikmetern, die wiederum zu einer Flutwelle führen könnten. Um Kandersteg gegen diese Naturgefahren zu sichern, werden derzeit für 11 Millionen Franken Schutzdämme gebaut.

Für die Schweizer Alpen allgemein warnen Forschende davor, dass die Stabilität von Hängen weiter abnehmen könnte. Messungen des Permafrost-Beobachtungsnetzes PERMOS an über 20 Standorten zeigen, dass die Temperaturen im gefrorenen Untergrund in den letzten Jahren deutlich



ansteigen. Permafrost, der die Berge wie ein Kitt zusammenhält, findet sich oberhalb von 2500 Metern. Höhere Temperaturen führen dazu, dass Geröll ins Rutschen gerät, Schmelzwasser in tiefe Schichten dringt und die Erosion verstärkt.

Auch Starkregen ein wachsendes Risiko

Der Klimawandel birgt noch weitere Naturgefahren – nebst zunehmender Trockenheit sind dies häufigere Starkregen: Wärmere Luft kann mehr Wasser aufnehmen. Die grossen Regengemengen in kurzer Zeit haben in Bergtälern aufgrund der Topografie fatale Folgen. Dies zeigte sich im Sommer 2024 im Tessin: Sturzbäche rissen im oberen Maggiatal Häuser, Strassen und Brücken weg. Acht Menschen kamen ums Leben. Die Behörden weiteten danach die Gefahrenzonen aus: Mehrere Häuser in Gewässernähe dürfen nun nicht mehr bewohnt werden. Auch andere Kantone überprüfen ihre

Oben: In Bondo (GR) investierte die Behörde 50 Millionen Franken in Schutzbauten – darunter ein Damm und ein Auffangbecken. 2017 hatte ein Murgang das Dorf verwüstet.

Rechts: Starke Niederschläge in der Südschweiz richteten im Sommer 2024 grosse Zerstörungen an – im Bild ein weggeschwemmtes Teilstück der A13 bei Lostalio im Miso.

Unten: Im Bündner Dorf Brienz rutscht der Hang weiter. Ob die aus ihren Häusern Evakuierten je zurückkehren können, ist ungewiss. Fotos Keystone

Gefahrenkarten und investieren viel Geld in Dämme gegen Hochwasser und Auffangnetze gegen Steinlawinen. Insgesamt gibt die Schweiz jährlich rund eine Milliarde Franken für den Schutz vor Naturgefahren aus. Dazu gehören auch Frühwarnsysteme, die rechtzeitige Evakuierungen von Siedlungen ermöglichen und dadurch Menschenleben retten.

Für die ETH-Klimaforscherin Sonia Seneviratne, Vorstandsmitglied des Weltklimarates, sind diese Schutzmassnahmen wichtig. Doch: «Wenn man die langfristig drohenden Entwicklungen betrachtet, sind das eher Notlösungen», gab Seneviratne in einem Interview mit dem Newsportal «Watson» zu bedenken. Die entscheidende Frage sei eine andere: «Wie sinnvoll ist es, in Gebieten zu wohnen und zu bauen, die



immer stärker gefährdet sind?» Die Klimaerwärmung werde in den Alpen das Risiko für Steinschläge, Murgänge und Bergstürze weiter erhöhen. Dies sollte man bei der Entwicklung dieser Regionen unbedingt berücksichtigen, betont die Wissenschaftlerin. «Solange wir die CO₂-Emissionen nicht drastisch senken und die Klimaerwärmung nicht stabilisieren, werden sich solche tragischen Situationen kaum verhindern lassen.»

Angela Koller



Sie ist Juristin, 42, gehört der Mitte-Partei an und sitzt seit April in der Regierung von Appenzell Innerrhoden. Auf den ersten Blick tönt das unspektakulär. Doch für den kleinen Ostschweizer Kanton ist Angela Kollers Wahl historisch: Zum ersten Mal wählte die Landsgemeinde – die traditionelle Versammlung der Stimmberechtigten unter freiem Himmel – eine Frau zum Landammann, wie hier das Regierungspräsidium heisst. Koller ist die erste Regierungspräsidentin in dem Kanton, der als letzter in der Schweiz das Frauenstimmrecht einführte. Und das nicht freiwillig: Das Bundesgericht zwang ihn 1990 dazu. 35 Jahre später sagt die frisch Gewählte, sie habe als Kantonsparlamentarierin viele Frauen gehört, «die sich eine stärkere Repräsentation wünschen». Das habe sie motiviert zu kandidieren. Mit ihrem Leistungsausweis setzte sie sich, wie üblich per Handmehr, gegen drei Konkurrenten durch. Koller leitete die Parlamentskommission, die für die Totalrevision der Kantonsverfassung zuständig war, und stand der Appenzeller Arbeitnehmervereinigung vor. In Innerrhoden zählen Verbände oft mehr als Parteien. Politisiert wurde Koller früh: Im Wirtshaus ihrer Eltern im ländlichen Gonten hörte sie die Debatten am Stammtisch. Seit ihrer Schulzeit liest sie «fürs Leben gern» und gibt heute Literaturtipps auf Instagram. In der Regierung führt sie zunächst das Erziehungsdepartement. Die Leitung der Exekutive übernimmt sie turnusgemäss in zwei Jahren – in Innerrhoden wechseln sich zwei Landammänner ab. Die Frauen des Kantons hatten lange kein Stimmrecht, aber wirtschaftliche Macht: Ihre Handstickerei war eine wichtige Einkommensquelle. Nun stehen sie auch politisch an der Spitze.

SUSANNE WENGER

1800 Seiten dicke Lektüre: Der Bundesrat legt Vertragspaket mit der Europäischen Union vor

In den Grundzügen war das Vertragspaket, mit dem die Schweiz und die EU ihre Beziehung auf eine neue Grundlage stellen, seit Monaten bekannt. Am 13. Juni 2025 genehmigte die Landesregierung die Vertragstexte und veröffentlichte sie, mit den dazugehörenden Gesetzen und Erklärungen – der offizielle Startschuss zur öffentlichen Diskussion. Das mehr als 1800 Seiten umfassende Paket enthält zwei Teile: die erneuerten bisherigen Abkommen, darunter jenes zur Personenfreizügigkeit («Stabilisierungsteil»), und die neuen Verträge zu Lebensmitteln, Strom und Gesundheit («Weiterentwicklungsteil»). Das Vertragswerk ermöglicht weiterhin den bilateralen Weg, der der Schweiz den Zugang zum europäischen Binnenmarkt sichert. Im Bereich der Zuwanderung konnte sie eine Schutzklausel aushandeln. Ihr werden aber auch Zugeständnisse abverlangt, unter anderem eine dynamische Übernahme von EU-Recht innerhalb der Abkommen. Diese ist im Inland besonders umstritten. Die Vernehmlassung bei Parteien, Verbänden und anderen Interessierten läuft bis Ende Oktober.

(RED)

Link zum Vertragspaket: www.revue.link/cheu

In Frankreich leben, aber in der Schweiz zur Schule gehen: Diese Genfer Besonderheit ist zu Ende

Im Juni gab die Genfer Regierung bekannt, dass rund 2500 Kinder von Grenzgängerinnen und Grenzgängern, die in der Schweiz zur Schule gehen, künftig in Frankreich den Unterricht besuchen müssen. Für den Schulbesuch gilt somit jetzt auch in Genf das Wohnsitzprinzip: Zuständig für die Bildung der Kinder ist das Wohnland. Damit endet eine Schweizer Ausnahme, denn in den anderen Grenzkantonen galt bereits bisher: Wer im Ausland lebt und sein Kind in eine Schweizer Schule schickt, bezahlt den vollen Preis für die Ausbildung. Im Fall Genfs geht der Wandel allerdings alles andere als geräuschlos über die Bühne. Die benachbarten französischen Gemeinden protestieren gegen die Massnahme. Sie sei ohne Absprache beschlossen worden.

(SH)

Mehr dazu in der Online-«Revue»: www.revue.link/schule

«20 Minuten», die auflagestärkste Schweizer Tageszeitung, stellt ihre Druckausgabe ein

«20 Minuten», die mit 330 000 deutschen und 130 000 französischen Exemplaren auflagestärkste Tageszeitung der Schweiz, stellt Ende Jahr ihre Druckausgabe ein und fokussiert sich ganz auf ihren Online-Auftritt. Der Schritt illustriert die Schwierigkeiten und den rapiden Wandel, den die Schweizer Printmedien erfahren. In den letzten zehn Jahren schrumpfte die Auflage der führenden Tageszeitungstitel von 2,51 Millionen auf 1,34 Millionen Exemplare. (MUL)

Mehr als ein Zollschock

Zunächst hatte es danach ausgesehen, dass die Schweiz zu einer ersten Gruppe von Ländern gehört, die mit den USA einen Zolldeal abschliessen kann. Am 1. August dann kam der Schock: Präsident Trump verhängte einen Zoll von 39 Prozent auf Importe aus der Schweiz.

CHRISTOF FORSTER

Es war eine Erschütterung, welche die Schweiz bis ins Mark getroffen hat. Ausgerechnet am Schweizer Nationalfeiertag belegte US-Präsident Donald Trump das Land mit einem exorbitant hohen Zoll von 39 Prozent. Nur wenige Länder weltweit haben höhere Strafzölle zu verkraften. Zu spüren bekommen werden den hohen Importzoll vor allem die Maschinenbauer, die Uhrmacher und die Hersteller von Luxusgütern (dazu gehören auch die Nespresso-Kapseln). Die Pharmaindustrie ist ausgenommen.



Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter an der Bundesfeier auf der geschichtsträchtigen Rütli-Wiese: Alle Fragen drehten sich um den Zollschock, keine um den Nationalfeiertag.
Foto Keystone

Umgekehrt hat die Schweiz alle Industriezölle per Anfang 2024 abgeschafft. Über 99 Prozent aller Waren aus den USA können zollfrei in die Schweiz importiert werden.

Der Bundesrat zeigte sich konsterniert über Trumps Ankündigung. Der FDP-Parteipräsident sprach von einer «Katastrophe». Die SP hingegen kritisierte die «Anbiederungsstrategie» des Bundesrats gegenüber den USA, die «kolossal» gescheitert sei. Bestürzt zeigte sich der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Die hohen Zölle seien weder gerechtfertigt noch nachvollziehbar.

«Zugang zu Trump gefunden»

Lange wähten sich Bundesrat und Wirtschaft auf der sicheren Seite. Im April hatte Trump die Schweiz zwar mit einem Zoll von 31 Prozent belegt. Kurz darauf liess sich Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter mit Trump verbinden. Offenbar gelang es ihr, dem US-Präsidenten die Kon-

sequenzen seiner Zollpolitik aufzuzeigen. So schrieb jedenfalls die «Washington Post» über das Telefonat. Dies sollte sich indessen als Trugschluss herausstellen, dem wohl auch Keller-Sutter erlegen war. Trump habe viele Fragen gestellt, meinte sie: «Ich habe offensichtlich den Zugang zu ihm gefunden.»

In der Folge einigten sich hochrangige Delegationen der beiden Länder auf einen Zoll-Deal. Es fehlte nur noch die Unterschrift von Trump. Doch diese liess auf sich warten. In Bundesbern stiegen die Zweifel. Kurz vor Ablauf des Ultimatums bat Keller-Sutter um ein zweites Telefonat mit dem US-Präsidenten. Wie dieses genau abgelaufen ist, darüber kursieren verschiedene Versionen. Auf jeden Fall brachte es nicht das erwünschte Resultat. Im Gegenteil: Statt den ursprünglich angedrohten 31 Prozent werden nun Schweizer Unternehmen mit einem Zoll von 39 Prozent bestraft. Einmal mehr sieht sich getäuscht, wer an eine besondere Beziehung der beiden «Schwesterrepubliken» glaubte. Es erinnert gegenwärtig eher an das Bild der grösseren Schwester, die der kleineren sagt, was sie zu tun hat.

An empfindlicher Stelle getroffen

Der angekündigte hohe Zoll löste in der Schweiz nochmals hektische Betriebsamkeit aus. Politiker und Wirtschaftsvertreter suchten verzweifelt nach Möglichkeiten, das Verdict noch abzuwenden. Das Ganze hatte auch etwas Demütigendes: Während der US-Präsident am TV abschätzig über die Bundespräsidentin sprach, sass diese im Flugzeug in Richtung Washington. Doch die Gespräche brachten keinen Erfolg. Die Schweizer Wirtschaft muss – zumindest vorderhand – mit einem Zoll von 39 Prozent leben.

Die hohen Zölle treffen die Schweiz an einer empfindlichen Stelle. Exporte sind die wirtschaftliche Lebensader der Schweiz. Sie haben zum Wohlstand des Landes beigetragen. Lange konnte die Schweiz in den Zeiten des offenen Welthandels profitieren von Status des kleinen Staates, der nicht der EU angehört. Doch dies wird zunehmend ungewiss. Die Gliederung der Welt in Machtblöcke, wie sie sich derzeit abzeichnet, könnte dazu führen, dass sich die Schweiz der EU nähert. Ein erster Schritt dazu wäre die Zustimmung zum neuen Vertragspaket mit der EU.

Verwandtes Thema: der Kauf des US-Kampfflugs F-35 als grosses Schweizer Debakel, Seite 23

Emotionale Spurensuche in der Schweiz

Tracey Jones und Pete Thalmann aus den USA haben in der Schweiz ihre familiären Wurzeln gefunden. Sie zählten dabei auf Profis. Was sie fanden, hat sie tief berührt. Und sie beide illustrieren damit, wie wichtig Ahnenforschung für jene sein kann, die fern von der Heimat ihrer Vorfahren leben.

DÖLF BARBEN

Tracey Jones (56) lebt unweit von Philadelphia und arbeitet an einer Schule. Letztes Jahr hat sie zusammen mit ihrem Mann die Schweiz besucht. In St. Gallen fand sie eines der Häuser, in dem ihre Grossmutter als Kind gelebt hatte. Im Gespräch mit der «Revue» sagt sie, das habe bei ihr tiefe Gefühle ausgelöst.

Pete Thalmann (80) lebt in Holliston in der Nähe von Boston. Den Sommer verbringt der ehemalige Elektroingenieur auf der Halbinsel Cape Cod. Er will diesen Herbst in die Schweiz reisen. Das Dörfchen Eggetsbühl bei Wängi (TG) ist eines seiner Ziele. Seine Urgrosseltern hatten dort gelebt.

Tracey Jones und Pete Thalmann haben einiges gemeinsam: Beide interessieren sich seit ihrer Jugend für Geschichte, besonders für die ihrer Familien. Beide wollten wissen, woher jene kamen, ohne die sie selbst nicht existieren würden. Beide haben recherchiert, Spuren verfolgt und Hindernisse überwunden. Und beide kennen Kurt Münger.

Kurt Münger (74) ist der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Familienforschung (SGFF). Die Gesellschaft registriert immer mehr Anfragen von Leuten aus dem Ausland, die sich für ihre Schweizer Vorfahren interessieren: «Wir versuchen, ihnen so gut es geht zu helfen. Ehrenamtlich.»

Münger ist Ostschweizer, lebt in Gossau. Seine Familie stammt aber aus dem Kanton Bern. In der Zeit um 1900 zogen viele Berner Bauern in den Thurgau und bauten sich dort eine neue Existenz auf. Auch in Münzers Familiengeschichte spielt Auswanderung eine grosse Rolle. Bloss in einem kleineren geografischen Rahmen.

Er sehe sich als neugierigen Menschen, sagt er. Er wolle nicht nur staunen, sondern verstehen. Er wurde Chemiker, schrieb eine Doktorarbeit über spezielle Moleküle. Menschen, die aufbrechen, auswandern und sich anderswo niederlassen und neu binden – «das erinnert mich an das, was Moleküle tun».

Neugier und Durchhaltewille

Neugier sei die Triebfeder aller Ahnenforschenden. Münger spricht von einer gesunden Neugier, die er von Sensationsgier abgrenzt: Sie trage einen immer weiter, sofern man über genügend Durchhaltewillen verfüge. «Solche Forschung ist nicht immer leicht.»

Tracey Jones hatte zunächst auf Websites recherchiert und sich durch Archive gegoogelt – bis sie auf Kurt Münger stiess. Er vermittelte ihr eine ortskundige Ahnenforscherin, von der sie die entscheidenden Hinweise erhielt. Schliesslich reiste sie in die Schweiz.

Ihre Grossmutter habe nie viel erzählt über ihre Kinder- und Jugendjahre, obschon sie sehr stolz auf ihre Herkunft gewesen sei, sagt Jones. «Zu sehen, wo sie aufgewachsen ist und in welchen Häusern sie lebte, hat mich enorm berührt.» Und als sie ihrem Vater, der nie in der Schweiz war, Fotos davon zeigen konnte, sei der überglücklich gewesen. «Diese Erfahrung ist für mich unbezahlbar.»

Pete Thalmann verwendet das Wort unbezahlbar ebenfalls. Als unbezahlbares Geschenk aus der Vergangenheit bezeichnet er einen von seinem Grossvater verfassten Bericht, der in einer Zeitung in Baltimore erschienen ist. Nach seiner Lehre als Damenschneider war John

J. Thalmann hinausgezogen in die Welt. In Paris traf er die Liebe seines Lebens: Mathilde Bos. Die beiden verheirateten es nach Baltimore. Doch sie wurden von harten Schicksalsschlägen heimgesucht: Sechs ihrer Kinder starben. «Diese Stadt war damals ein Höllenloch», sagt Thalmann. Aus Angst, sie würden alle ihre Kinder verlieren, zogen seine Grosseltern für einige Zeit zurück nach St. Gallen; sein Vater war damals zwei Jahre alt.

Thalmann hätte gern herausgefunden, wo sein Vater später die Schule besuchte. «Aber da kam ich nicht weiter.» Er interessiert sich umso mehr für den Charakter seiner Vorfahren. «Mein Grossvater und mein Vater hatten sanfte Seelen. Und doch scheuten sie sich nicht, Risiken einzugehen», sagt er. «Ich bin so, wie sie waren.» Er habe ein eigenes Geschäft aufgebaut und sei ein Draufgänger gewesen. «Und wie sie musste auch ich harte Verluste hinnehmen.» Eine seiner Töchter habe er verloren – und seine Frau.

Fehler passieren rasch

Heute ist es einfacher als früher, Ahnenforschung zu betreiben. Selbst alte Kirchenbücher sind digitalisiert worden und lassen sich bequem am Computer durchforsten. Zudem gibt es Firmen, die einem diese Arbeit für gutes Geld noch so gerne abnehmen.

Bei solchen Angeboten sei jedoch Vorsicht geboten, sagt Kurt Münger. Werde auf die Schnelle recherchiert, passierten rasch Fehler. Was ist zum Beispiel, fragt er, wenn zwei Männer, die den gleichen Namen tragen, als Vorfahren in Frage kommen? Entscheide man sich für den falschen, stimmten ganze Zweige des Stammbaums nicht mehr. In Zweifelsfällen



Ahnenforschung! – Max Spring zeichnet exklusiv für die «Schweizer Revue»



Ahnenforscher Kurt Münger registriert immer mehr Anfragen von Leuten aus dem Ausland, die sich für ihre Schweizer Vorfahren interessieren. Foto ZVG



Ahnenforscherin Therese Metzger stellt fest: Wer in einem von Einwanderung geprägten Land mit junger Geschichte lebt, interessiert sich oft besonders stark für die eigene Familiengeschichte. Foto ZVG

müsse man Belege suchen, sagt er. Dafür benötige man viel Geduld. Oder die Hilfe von Profis – wie Therese Metzger.

Die 79-Jährige lebt in Münsingen bei Bern. Sie ist professionelle Ahnenforscherin. Über 30 Aufträge bearbeitet sie pro Jahr. Gut zwei Drittel davon stammen aus dem Ausland. Für rund 1000 Franken kann sie Personenlisten erstellen, die über 200 Jahre zurückreichen.

Ein grosser Teil der Kundschaft stamme aus den USA, erzählt sie. «Es gibt Leute, die wollen bloss wissen, wo ihre Vorfahren lebten – das genügt ihnen und sie sind happy.» Manche unternehmen daraufhin eine Reise, um den betreffenden Ort aufzusuchen. «Wenn sie in der Kirche stehen und ihnen bewusst wird, dass hier ein Urahne getauft wurde, ist das für sie sehr berührend.»

Andere seien an Details interessiert, sagt Therese Metzger. Ein Kunde habe sich nach einem möglichen Vorfahren

aus dem 13. Jahrhundert erkundigt. «Da musste ich kapitulieren.» Ein derart tiefer Blick in die Vergangenheit sei nur in absoluten Ausnahmefällen möglich.

Wenn lediglich ein Name bekannt sei, der früher sehr häufig war, werde es ebenfalls schwierig. «Wo soll ich bei einem Jakob Meier anfangen zu suchen», fragt sie. Ein anderes Problem seien Pfarrer, die schludrig geschrieben haben. Deren Einträge in den Kirchenbüchern seien kaum zu entziffern. «Diesen Pfarrern hätte ich das Fegefeuer mit Nachhilfestunden gegönnt», sagt sie und lacht.

Einwanderung treibt Ahnenforschung an

Therese Metzger hat sich gelegentlich schon gefragt, woher das Interesse der Menschen in Ländern wie den USA an der Ahnenforschung kommt. Eine Antwort fand sie in der vergleichsweise kurzen Geschichte und der grossen Bedeutung der Einwanderung. «Ich stelle mir das vor wie bei adoptierten Kindern», sinniert sie. «Die wollen auch wissen, woher sie kommen.»

Kurt Münger sieht es ähnlich. Der Besuch des Herkunftslandes der Vorfahren sei viel mehr als ein touristischer Ausflug, sagt er. «Für die Nachfahren ist es eine emotionale Reise zu den eigenen Wurzeln.» Diese Reise

Pete Thalmann beim Gedichteschreiben im Yellowstone-Nationalpark: Er plant eine Reise nach Eggetsbühl bei Wängi, dem Wohnort seiner Urgrosseltern. Foto ZVG



Tipps für die Suche nach den eigenen Wurzeln

Bei den Lebenden anfangen, die Toten rennen einem nicht davon:

Das ist eine Grundregel, wenn die Suche nach Vorfahren beginnt. Zunächst Verwandte befragen, die mündlich Auskunft geben können – und sich danach auf die Suche nach anderen Quellen machen.

Das Rad nicht neu erfinden:

Oft haben andere Leute zur gleichen Familie bereits Recherchen betrieben und Stammbäume gezeichnet. Nach solchen Vorarbeiten gilt es zu suchen.

Ahnenforschende in der Schweiz kontaktieren:

Die Schweizerische Gesellschaft für Familienforschung (SGFF) kann direkt Hinweise geben oder Anfragen an lokale Genealogie-Vereine weiterreichen. www.sgffweb.ch

werde oft als Lebensziel oder einmaliges Erlebnis empfunden.

Tracey Jones und Pete Thalmann bestätigen es. Für sie sei es sehr wichtig, das Wissen um ihre Schweizer Wurzeln festzuhalten und an ihre beiden Töchter weiterzugeben, sagt Jones. «Ich weiss nun genau, woher ich komme – und bin sehr stolz darauf.» Nach seinem Besuch in der Schweiz werde er die von ihm geschriebene Familiengeschichte ergänzen, sagt Pete Thalmann.

Die Chronik, die bereits einen ansehnlichen Umfang aufweise, richte sich an die nächsten Generationen. «Ich habe sechs Kinder und elf Grosskinder.» Als er erstmals den von seinem Grossvater verfassten Zeitungsbericht gelesen habe, sei ihm eines klar geworden: «Eine Stimme aus der Vergangenheit ist unbezahlbar.»

Maurice Bavaud: Der Schweizer, der versuchte, Hitler zu töten

Im Mai wurde in Neuenburg eine Gedenktafel enthüllt, die an das Schicksal von Maurice Bavaud erinnern soll. Der junge Schweizer Katholik wurde 1941 wegen der versuchten Ermordung Hitlers in Deutschland mit der Guillotine hingerichtet. Die Schweiz hatte damals nichts unternommen, um ihn zu retten.

STÉPHANE HERZOG

Was kann man gegen eine Diktatur unternehmen? Mit dieser Frage konfrontiert uns eine Gedenktafel, die im Mai in Neuenburg enthüllt wurde. Sie erinnert an Maurice Bavaud, der im Alter von 22 Jahren versucht hatte, Hitler zu töten. «Man würde sich wünschen, dass es mehr Menschen wie ihn auf der Welt gäbe, die versuchen, solche Monster zu töten», erklärt der pensionierte Arzt Jean-François Burkhalter (81), einer der Initiatoren des Gedenkanklasses, während der feierlichen Enthüllung. Maurice Bavaud stammte aus einer einfachen katholischen Familie und wollte etwas bewirken. «Der Führer stellte in seinen Augen eine Bedrohung für die Unabhängigkeit der Schweiz, die Menschheit und den Katholizismus dar», heisst es in den Protokollen seines Prozesses im Jahr 1939, an dem kein Schweizer Diplomat anwesend war.

Als der junge Mann 1938 von einem Seminar in der Bretagne zurückkehrte, das ihn auf eine Tätigkeit als Missionar vorbereitet hatte, machte er sich im Zug auf nach Deutschland. Die Regierung unseres Nachbarlandes förderte damals den Austausch mit der Schweiz. Besuche von Schweizerinnen und Schweizern im Deutschen Reich waren weitgehend ungehindert möglich, erklärt der Neuenburger Historiker Marc Perrenoud. Maurice Bavaud gelang es, sich Hitler am 9. November während einer Parade in München zu nähern. Doch vor ihm erhoben sich zahlreiche Arme zum Hitlergruss und hinderten ihn daran, auf den Diktator zu schießen. Da er ohne Billett unterwegs war, wurde er später auf der Rückfahrt mit der Bahn aufgegriffen. Die Schweizer Botschaft in Berlin, die damals unter der Leitung eines gewissen Hans Frölicher stand, wollte aber das «gute Verhältnis Deutschlands zur Schweiz nicht für diesen Mann strapazieren», so Perrenoud. Auf Veranlassung der deutschen Behörden leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen den jungen Mann ein und schickte den Nazi-Behörden eine Mitteilung, in der er als homosexuell dargestellt wurde.

Maurice Bavauds Vater schlug vor, in der Schweiz inhaftierte Deutsche gegen seinen Sohn auszutauschen, um ihn so vor der Todesstrafe zu bewahren. Die Schweizer Behörden wollten diesen Vorschlag jedoch nicht weiterverfolgen. Während des Prozesses wies der Pflichtverteidiger darauf hin, dass der junge Bavaud keinen einzigen Schuss abgegeben hatte. Doch vergebens. Seine Familie erhielt einen letzten Brief aus dem Gefängnis in Plötzensee. «Ich umarme euch ganz fest, denn es ist das letzte Mal.» Am 14. Mai 1941 wurde Maurice Bavaud mit der Guillotine



Maurice Bavaud.
Foto Handout Filmkollektiv
Zürich

hingerichtet. Eine Grabstätte gab es nicht. In den 1950er Jahren erhielt die Familie Bavaud von der Bundesrepublik Deutschland 40 000 Franken Entschädigung als abschliessende Zahlung. 1979 erklärte der deutsche Schriftsteller Rolf Hochhuth Bavaud zu einem neuen Wilhelm Tell, und 1980 veröffentlichte auch der Journalist Nicolas Meienberg ein Buch zu seinem Gedenken.

Hätte die Schweiz Bavaud retten können? Marc Perrenoud erwähnt den Fall eines anderen Neuenburgers, des Pfarrers Roland de Pury, der 1943 in einer Kirche in Lyon verhaftet wurde. Er stand der französischen Widerstandsbewegung nahe und wurde dank eines Austauschs gegen deutsche Spione gerettet. De Pury und seine Familie verfügten über Verbindungen und Kontakte, die der Familie Bavaud fehlten. Die Bundesräte René Felber und Pascal Couchepin räumten 1989 bzw. 2008 ein, dass die Schweizer Diplomatie zu wenig unternommen habe, um Bavaud zu retten.

Der «Handel mit Babys» überschattet viele Adoptionen

Der Bundesrat will Schweizer Eltern verbieten, im Ausland Kinder zu adoptieren. Nur so liessen sich illegale Praktiken verhindern, argumentiert er. Die Idee löst eine emotionale Debatte aus.

EVELINE RUTZ

Als Chance auf ein besseres Leben: So wurden Adoptionen in der Schweiz ab den 1950er-Jahren verstanden. Sie galten als humanitären Akt. Erst recht, wenn das Kind aus einem armen Land und scheinbar prekären Verhältnissen stammte. Diese durchwegs positive Wahrnehmung habe sich interessanterweise lange gehalten, sagt Andrea Abraham, Professorin an der Berner Fachhochschule (BFH). Berichte über fragwürdige Umstände hätten den öffentlichen Diskurs kaum beeinflusst. Anders als in anderen Staaten sei in der Schweiz selbst die Wissenschaft erst vor wenigen Jahren auf das Thema aufmerksam geworden: «Bei einer für die betroffenen Kinder derart einschneidenden Massnahme ist das doch erstaunlich.»

«Der Schmerz wird bleiben»

Dass internationale Adoptionen heute kritisch diskutiert werden, ist massgeblich Sarah Ineichen zu verdanken. Sie kam 1981 als Baby aus Sri Lanka in den Kanton Nidwalden. Als sie sich – längst erwachsen – mit ihren Wurzeln beschäftigte, musste sie feststellen, dass die Angaben zu ihrer Herkunft nicht stimmten. Statt ihrer leiblichen Mutter stand sie an ihrem Geburtsort einer Frau gegenüber, die bloss ihren Namen für die benötigten Dokumente gegeben hatte. «Bis heute weiss ich nicht, wer meine biologische Mutter ist», sagt die 44-Jährige. Sie wisse nicht, warum und ob sie freiwillig weggegeben worden sei: «Dieser tiefe Schmerz wird mich bis zu meinem Tod begleiten.»

Als eine der Ersten gelangte Ineichen 2017 an die Öffentlichkeit, um irreguläre Umstände anzuprangern. Mit weiteren Betroffenen gründete sie den Verein «Back to the Roots». Neugeborene seien ihren Müttern entrissen und entwurzelt worden, sagt sie. Ei-

nigen Frauen sei im Spital gar ein totes Baby untergeschoben worden, um das gesunde Adoptivelterne übergeben zu können: «Es wurden Kinder für Eltern gesucht – und nicht umgekehrt.»

Behörden haben zu wenig kontrolliert

Dass sich der drängende Kinderwunsch westlicher Paare auf die Entwicklung internationaler Adoptionen



auswirkte, belegen nicht nur die Untersuchungen von Andrea Abraham, sondern etliche weitere Forschungsprojekte. Sie dokumentieren für den Zeitraum von 1973 bis 2002 gesetzeswidrige Praktiken in elf Herkunftsländern. Sie berichten von Hinweisen auf Kinderhandel, gefälschten Papieren, fehlenden Einverständniserklärungen der leiblichen Mütter und von Schweizer Beamten, die wegschauten, wenn Gesetze systematisch missachtet wurden. Aus Sri Lanka sind in diesen Jahren rund 700, aus Indien rund

2280 Babys adoptiert worden. In beiden Staaten gab es Kinderheime und Frauenhäuser, die im grossen Stil an internationalen Vermittlungen mitwirkten.

Sie ermöglichten es werdenden Müttern, ihr Kind heimlich auszutragen und zu gebären. Sie betreuten insbesondere Schwangere, denen gesellschaftliche Ächtung drohte. Sei es, weil sie mittellos waren, keine Aussicht auf eine Heirat hatten oder vergewaltigt worden waren. Die Einrich-

Sarah Ineichen machte irreguläre Adoptionen zum breit debattierten Thema. Sie ist persönlich betroffen: «Bis heute weiss ich nicht, wer meine biologische Mutter ist.»

Foto Keystone

tungen kümmerten sich häufig auch um die erforderlichen Dokumente und organisierten die Übergabe der Neugeborenen an Adoptiveltern, die meist aus privilegierteren Staaten stammten.

Adoptionen verlagerten sich ins Ausland

Ab 1973 reisten zunehmend Paare aus der Schweiz an. Aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen und Gesetzesänderungen konnten sich jene, welche ein Kind aufnehmen wollten, diesen

Wunsch nun eher im Ausland erfüllen. Hinterfragt wurde dies kaum. So heisst es in einem Expertenbericht: «Ähnlich wie heute beim Thema der Reproduktionsmedizin gab es die gesellschaftlich akzeptierte Haltung, dass Adoptiveltern vom Grundsatz her ein Recht auf ein Kind hatten.» Dieses Eigeninteresse liess sich mit dem bereits erwähnten Wohltätigkeitsgedanken legitimieren.

Der Bund und die Kantone stünden nun in der Verantwortung, sagt Sarah Ineichen. «Sie haben den Handel mit Babys über Jahrzehnte toleriert und gar ermöglicht.» Sie hätten die Kinder und deren leibliche Familien zu wenig vor Ausbeutung geschützt.

Unter den Folgen habe nun eine ganze Generation adoptierter Menschen zu leiden. «Wir erwarten eine Entschuldigung für das erfahrene Unrecht und eine zielgerichtete Unterstützung bei den Nachforschungen unserer Herkunft.» Um gefälschte Dokumente aufzuklären, seien beispielsweise DNA-Tests in den Herkunftsländern notwendig.

Betroffene müssen mit Leerstellen leben

Zu den ersten Lebenswochen unsichere, nebulöse oder sich als falsch entpuppende Informationen zu entdecken, sei äusserst belastend, sagt Andrea Abraham. Betroffene müssten mit Lücken in ihrer Biografie leben, was sich auf ihr Verständnis von Identität und Zugehörigkeit auswirke. «In der Schweiz leben Tausende Erwachsene, die bis heute Fragen haben.»

Der Bundesrat möchte internationale Adoptionen verbieten. «Anders lassen sich missbräuchliche Praktiken nicht vollständig verhindern», argumentiert Justizminister Beat Jans. Die Vorgänge in den Herkunftstaaten zu kontrollieren, sei äusserst schwierig und aufwendig. Zwar seien

– unter anderem mit dem Haager Adoptionsübereinkommen 2003 – bereits bedeutende Fortschritte erzielt worden. Dennoch stosse das System an Grenzen. Bis Ende 2026 will der Bundesrat seine Pläne konkretisieren. Ein Verbot könnte dann frühestens auf 2030 in Kraft treten.

Direktbetroffene widersprechen dem Bundesrat vehement. EVP-Nationalrat Nik Gugger ist als Kleinkind aus Indien adoptiert worden und sagt: «Ohne Auslandsadoption wäre

lich», sagt Stefan Müller-Altermatt, Vater eines Bubens aus Armenien und Mitte-Nationalrat. Vollständige Dokumente und Transparenz seien heute zwingend.

Direktbetroffene wehren sich dagegen, stigmatisiert zu werden. Adoptivkindern werde signalisiert, dass sie eigentlich nicht hier sein sollten. Adoptiveltern werde unterstellt, etwas Verwerfliches getan zu haben. Das sei ungerecht und entspreche nicht der Realität. Ein Verbot werde vor allem



ich wohl nie in einer liebevollen Familie aufgewachsen.» Um ein generelles Verbot zu verhindern, lancierte er eine Petition und trug innerhalb eines Monats über 10 000 Unterschriften zusammen. Mit dem Haager Abkommen seien bereits griffige Schutzvorschriften eingeführt worden, sagt Gugger. Daneben sollten hohe Anforderungen an die Herkunftsländer gestellt und eine kompetente Begleitung in der Schweiz gewährleistet werden. «Die Praktiken von einst sind nicht mehr mög-

Nik Gugger wehrt sich gegen zu strikte Einschränkungen. In Indien geboren und von Schweizer Eltern adoptiert spricht er von Glück: Er sei dank der Adoption «in einer liebevollen Familie aufgewachsen». Foto Keystone

Waisen und ausgesetzte Kinder hart treffen, warnen sie.

Für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer soll sich mit der Reform nichts ändern. «Sie können weiterhin nach dem Recht ihres Wohnsitzes adoptieren», sagt Joëlle Schickel-Küng vom Bundesamt für Justiz. Eine ausländische Adoption werde in der Schweiz grundsätzlich anerkannt, wenn sie im Staat des Wohnsitzes der adoptierenden Person erfolgt sei.

Vom Autoverbot zum Allradfieber

Bis 1925 sperrte sich Graubünden mit einem Verbot hartnäckig gegen Autos. Heute, 100 Jahre später, erreicht der Bergkanton punkto Autodichte und Strasseninfrastruktur Spitzenwerte. Eine Fahrt durch die Bündner Automobilgeschichte.

JÜRG STEINER

Moderne «Klimabewegte» könnten vom Bündner Autowiderstand aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts noch etwas lernen. Die Gegner argumentierten radikal – waren aber politisch trotzdem mehrheitsfähig.

«Willst du, Bündnervolk, auf deinen Strassen Frondienst leisten für die, die dann in hochmütiger Verachtung in ihren Kraftwagen an dir vorbeisausen?» In klassenkämpferischem Ton drückten die Autokritiker auf öffentlichen Plakaten leidenschaftlich aufs Gaspedal. Im Automobil, dessen erstes Exemplar Carl Benz 1886 in Deutschland patentieren liess, sahen sie 20 Jahre später einen «Stinkkarren» und ein «Modespielzeug», vor allem aber ein «Protzfahrzeug». Die Mehrbesseren aus der Stadt würden die hart arbeitende Bauernschaft in den weitläufigen Tälern Graubündens in Staub- und Abgaswolken versinken lassen, wenn man nicht dagegen vorgehe.

Diese kritische Sicht hielt sich aussergewöhnlich lange und machte aus Graubünden einen autoskeptischen Sonderfall: Das Fahren mit Automobilen war zwischen 1900 und 1925 im ganzen Kanton grundsätzlich verboten – so lange wie sonst nirgends in ganz Europa.

Knatternder Pferdeschreck

Den Anlasser für die Verbannung des Autos aus Graubünden betätigte die Bündner Kantonsregierung selber. Sie nahm, angesichts durch das Engadin kurvender Sport- und Luxusautomobile, Sicherheitsbedenken aus der Bevölkerung ernst und erliess 1900 ein Autoverbot. Namentlich Kutscher fürchteten, dass Pferde scheuen und vor Schreck mit Gefährt und Passagieren in den Abgrund stürzen, wenn auf den schmalen Strassen des

Bergkantons plötzlich ein knattern-des Ungetüm, am Steuer ein Auswärtiger, um die Ecke rast.

Im Rest der Schweiz gewann das Auto rasch an Boden, und auch die Regierung in Chur befürchtete schon bald nach Inkrafttreten des Verbots, dass der Auto-Bann wirtschaftliche Nachteile zeitigen könnte. Doch die stimmberechtigten Bündner Männer – Frauen durften noch nicht abstimmen – verweigerten sich hartnäckig dem Zwang zum Fortschritt. In neun Volksabstimmungen hintereinander scheiterte die Aufhebung des Autoverbots – auch wenn sich auf den

weil die kritische Bauernschaft auf der Alp weilte und nicht abstimmen konnte, liess sich nicht widerlegen.

Mehr Autos als Haushalte

Aber schon tags darauf tuckerten Autos weitgehend frei über Bündner Strassen. Ab und zu wurden gegen den rollenden Einfall der Moderne noch Nägel auf die Strassen gestreut. Und die Bündner Polizei befehligte sich eines unbarmherzigen Regimes bei Überschreitungen des Tempolimits (12 km/h innerorts/40 km/h ausserorts), wie der Berner Autor Balts Nill in einem früher recherchierten Text schreibt, den der Lokwort-Verlag unter dem Titel «GR!» zum 100-Jahr-Jubiläum der Verbotsaufhebung neu aufgelegt hat.

Was man aus heutiger Sicht sagen kann: Der Juni 1925 war der Startpunkt für eine beispiellose Siegesfahrt des Automobils im flächenmässig grössten Kanton der Schweiz mit seinen 150 Tälern. Ende 1925 waren in Graubünden 136 Personenautos immatrikuliert. Heute sind es 126 000.

Das Bündnerland belegt in zahlreichen Disziplinen der Mobilitätsstatistik Spitzenränge: Der Motorisierungsgrad liegt über dem nationalen Durchschnitt, es gibt in Graubünden deutlich mehr Autos als Haushalte. Aktuelle Auswertungen des Bundesamts für Statistik nach Kantonen zeigen, dass Bündnerinnen und Bündner dazu neigen, eher schwere und teure Autos zu kaufen. Und in keinem Kanton ist der Anteil an allradbetriebenen Neuwagen grösser als in Graubünden.

Passfahrten als exotisches Erlebnis

Der Bündner Historiker Simon Bundi setzt sich intensiv mit der Automobil-

Die Mehrbesseren aus der Stadt würden die hart arbeitende Bauernschaft in den weitläufigen Tälern Graubündens in Staub- und Abgaswolken versinken lassen.

Argument der Befürworter eines Autoverbotes



Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden.

Heute ein Blick in den Kanton, der sich – auch im weltweiten Vergleich – rekordlänge gegen das Automobil auf seinen Strassen gewehrt hatte.



geschichte auseinander. Er ist Kurator im Automobilmuseum der Emil Frey Classics in Safenwil (AG) und hat das Forschungsprojekt «100 Jahre Motorisierung in Graubünden» geleitet, dessen Ergebnisse nun in einem Buch publiziert worden sind.

Dass das Autoverbot ausgerechnet in Graubünden so lange Bestand hatte, habe mehrere Gründe, hält Bundi gegenüber der «Schweizer Revue» fest. Einer davon: Graubünden ist statistisch gesehen der am dünnsten besiedelte Kanton der Schweiz, hat aber ein weit verzweigtes Verkehrsnetz. Die Befürchtung war gross, dass die finanzielle Last des aufwendigen Strassenunterhalts für die Autos sich auf wenige Köpfe verteilt und das periphere Graubünden überfordert hätte.

Zudem hatte sich Graubünden fast gleichzeitig mit dem Aufkommen des Autos an das kostspielige Abenteuer gewagt, den Kanton mit der Rhätischen Bahn (RhB) zu erschliessen.

Die Bündner Realität zur Zeit des Autoverbots: Wer von auswärts Waren per Lastwagen anlieferte, musste an der Kantonsgränze die Pferde vorspannen.

Foto ZVG

Die RhB sah das Auto im Güterverkehr als Konkurrenz. Deshalb untersagte es der Kanton noch über die Aufhebung des Autoverbots 1925 hinaus, in Talschaften mit Bahnverbindungen einen Lastwagen zu fahren.

Nachhaltig löste die Bremse für das Auto in Graubünden erst die Eid-

genossenschaft. Bundesrat und Parlament beschlossen 1934, den Ausbau der Alpenstrassen national zu koordinieren und den Bergkantonen substanzielle finanzielle Unterstützung zu garantieren. Die Bündner hatten zu den treibenden Kräften für das Bundesengagement gehört, und sie

Später dann die automobilen Euphorie: Postauto-Karawane vor dem Portal des San-Bernardino-Tunnels, anlässlich dessen Eröffnung im Jahr 1967. Foto ZVG





Links: Die Tonalität im Kampf gegen das Automobil war zuweilen sehr klassenkämpferisch. Foto ZVG

Rechts: Luftbild während dem Bau der Umfahrung von Küblis. Es illustriert: Graubünden ist auch als Land der Umfahrungen bekannt. Foto ZVG

setzten nun mit Verve Strassenbauprogramme auf. Plötzlich fuhr Graubünden im Auto an der Spitze mit.

Bereits 1929 stieg im Oberengadin eine internationale Automobilwoche, die 10 000 Interessierte anzog. Ab 1934 räumte der Kanton im Winter die Julierpassstrasse, machte sie zur ersten Winter-Alpenpassage und die Autofahrt durch die Schneeschluchten zum ikonischen touristischen Erlebnis. Als sich nach dem Zweiten Weltkrieg der Massentourismus entwickelte und die Menschen im eigenen Auto in die Skiferien fahren wollten, war das einst autoskeptische Graubünden bereit.

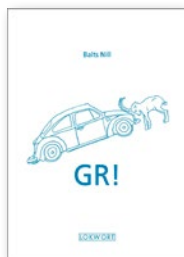
Land der Umfahrungen

1958 entstand im Rheintal zwischen Trimmis und Landquart das zweite Autobahn-Teilstück der Schweiz überhaupt, und am 1. Dezember 1967 wurde zwischen Hinterrhein und San Bernardino der erste alpenquerende Strassentunnel eingeweiht – 13 Jahre vor dem Gotthard. Die Forschungsarbeit von Simon Bundi zeigt, dass Pionierleistungen der Strasseninfrastruktur sogar auf Postkarten zelebriert wurden und das Bild von Graubünden als initiativen Ort der Automobilität prägten.

Die fulminante wirtschaftliche Entwicklung zur Tourismusdestination wäre in Graubünden ohne die Zuwendung zum Auto nicht denkbar gewesen. Allerdings traf mit dem An-



Simon Bundi, Isabelle Fehlmann, Flurina Graf, Christoph Maria Merki, Kurt Möser: Das Jahrhundert des Automobils. Graubünden 1925 bis 2025. Institut für Kulturforschung Graubünden. 2025, AS-Verlag, Zürich.



Balts Nill: GR! 2025, Lokwort-Verlag, Bern, 24 Seiten. Über «Stinkkarren» und «Modespielzeuge». Ein Lehrstück zur Schweizer Demokratie.



schwellen der Verkehrsströme bis zu einem gewissen Grad ein, was die Autoverbots-Befürworter Anfang des 20. Jahrhunderts befürchtet hatten: Die Durchfahrtsorte in den Tälern litten unter Staus, Abgas, Lärmimmissionen und Unfallgefahr. Der Kanton reagierte und reagiert darauf, indem er zusätzliche Strassen plant und baut, mit denen die Dorfkerne umfahren werden. «Graubünden ist das Land der Umfahrungen», sagt Simon Bundi, «in keinem anderen Kanton gibt es so viele, oft teure Umfahrungen, die dem Zweck dienen, die Menschen schnell-

ler in die Tourismusorte zu bringen.» Was im Vergleich zur Epoche des Autoverbots gleich geblieben ist: Ein Grossteil des nach wie vor wachsenden Verkehrs in Graubünden kommt von ausserhalb. In den urbanen Gebieten der Schweiz steht das Auto unter Druck, in Städten wie Bern oder Zürich besitzen noch höchstens die Hälfte der Haushalte ein eigenes Auto. Für die Reise in die Berge ist das Auto nach wie vor der Favorit. An schönen Wintersonntagen ist der Stau auf der Autobahn bei Landquart in den letzten Jahren zum Standard geworden.

Die «Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizer:innen, erscheint im 50. Jahrgang fünfmal jährlich in Deutsch, Französisch, Englisch und Spanisch. Sie erscheint in 13 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 469 000 Exemplaren (davon 299 000 elektronische Exemplare).

Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer:innen erhalten die Zeitschrift gratis. Nichtauslandschweizer:innen können sie kostenpflichtig abonnieren (Schweiz: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.– pro Jahr).

ONLINE-AUSGABE
www.revue.ch

REDAKTION
Marc Lettau, Chefredaktor (MUL)
Stéphane Herzog (SH)
Theodora Peter (TP)
Susanne Wenger (SWE)
Amandine Madziel, Vertretung EDA (AM)

AMTLICHE MITTEILUNGEN DES EDA
Die redaktionelle Verantwortung für die Rubrik «Aus dem Bundeshaus» trägt die Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz.
kdip@eda.admin.ch | www.eda.admin.ch

ANZEIGENLEITUNG
Airpage AG, Uster/Zürich
furrer@airpage.ch | www.airpage.ch

Die Auftraggeber:innen von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.

REDAKTIONSASSISTENZ
Nema Bliggenstorfer (NB)

ÜBERSETZUNG
SwissGlobal Language Services AG, Baden

GESTALTUNG
Joseph Haas, Zürich

DRUCK & PRODUKTION
Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

HERAUSGEBERIN
Herausgeberin der «Schweizer Revue» ist die Auslandschweizer-Organisation. Sitz der Herausgeberin und der Redaktion: Auslandschweizer-Organisation, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
revue@swisscommunity.org
Telefon +41 31 356 61 10
Bankverbindung:
CH97 0079 0016 1294 4609 8 / KBBECH22

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE
13. August 2025

ADRESSÄNDERUNGEN
Änderungen in der Zustellung teilen Sie bitte direkt Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit. Die Redaktion hat keinen Zugriff auf Ihre Adressdaten.



Im Land der rasenden Erpel

52

In vielen Schweizer Wohnquartieren gilt Tempo 30. Oft sorgen Radaranlagen dafür, dass die Tempolimits eingehalten wird. Darum ist eines bekannt: In der Gemeinde Köniz (BE) geriet am 13. April 2025 ein Raser mit 52 km/h in die Fotofalle. Es war – eine Ente, genauer ein Enterich, *Anas platyrhynchos*. Was die örtliche Polizei beschäftigt: Womöglich ist das Strässchen bei rasenden Erpeln einfach besonders beliebt, denn am exakt gleichen Ort und auf den Tag sieben Jahre früher wurde bereits einmal ein Enterich geblitzt, auch damals mit 52 km/h.

Quelle: Gemeinde Köniz BE



657 291

Während Erpel in aller Regel einsam durchs Quartier rasen, bespielen Europas beste Fussballerinnen den Rasen vor eindrücklicher Kulisse: 657 291 Zuschauer:innen wurden im Juli an der in der Schweiz ausgetragenen UEFA Womens's EURO 2025 gezählt. Ein neuer Rekord. Dazu kommen rund 450 Millionen, die Spiele am Bildschirm mitverfolgt haben. Sie sahen 106 Tore fallen. Aber sie sahen nur drei rote Karten, die gezückt wurden: Die EURO bleibt in Erinnerung als vergnügliches Volksfest, mit tollen Spielen und friedlichem Publikum. Siehe Buchtipp auf Seite 27

21

Schweizer Frauen – nicht nur Fussball spielende – sind früher selbstständig als Männer. Das Indiz für diesen Befund: Sie ziehen früher von zuhause aus. Junge Frauen verlassen das elterliche Nest im Schnitt mit 21 Jahren. Junge Männer nutzen im Schnitt dagegen das Umsorgtsein – oder die Unselbstständigkeit? – bis sie 22,6 Jahre alt sind. Wann sollte man allerspätestens ausziehen? Mit 29 Jahren, finden die Schweizerinnen und Schweizer im Schnitt. Ausser im Süden der Schweiz: mit 32 finden die Tessinerinnen und Tessiner. Quelle: Yougov-Umfrage, April 2025

57

Und nach dem Auszug? In der eigenen Wohnung – oder Wohngemeinschaft – angekommen, stehen die jungen Frauen in praktischen Belangen rascher auf eigenen Beinen. So lassen junge Männer mehr als doppelt so häufig ihre Wäsche von den Eltern waschen und bügeln. Auch finanziell bleiben sie länger abhängig von den Eltern: 57 der jungen Frauen verzichten ganz auf finanzielle Unterstützung, bei den Männern sind es nur 45 Prozent. Quelle: Yougov-Umfrage, April 2025



Sollen Superreiche für den Klimaschutz zahlen?

Wer in der Schweiz mehr als 50 Millionen Franken erbt, soll Steuern für den Klimaschutz zahlen müssen. Dies verlangt die Jungpartei JUSO mit ihrer «Initiative für eine Zukunft», die am 30. November 2025 zur Volksabstimmung kommt. Die rigorose Forderung polarisiert.

THEODORA PETER

«Die Superreichen zerstören unsere Zukunft – mit ihren Privatjets, Superyachten und klimaschädlichen Milliardeninvestitionen stossen sie in wenigen Stunden mehr CO₂ aus als wir in einem ganzen Leben», schreiben die Jungsozialist:innen (JUSO). Die Jungpartei der SP Schweiz reichte im Frühling 2024 das Volksbegehren «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» ein. Verlangt wird darin eine Extra-Steuer für die Reichsten – nach dem Motto «Make the rich pay for climate change», also in etwa «Lass die Reichen für den Klimawandel zahlen».

Im Fokus stehen Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Franken. Wer weniger erbt, bleibt verschont. Alles über der Freigrenze soll hingegen mit 50 Prozent besteuert werden – die Hälfte des betreffenden Erbteils ginge somit an den Staat. Die Initiantinnen und Initianten erwarten dadurch bis zu sechs Milliarden zusätzliche Steuereinnahmen pro Jahr. Dieses Geld soll in die «sozial gerechte Bekämpfung der Klimakrise» und den «Umbau der Gesamtwirtschaft» fliesen, heisst es im Initiativtext.

Dafür seien in den nächsten Jahren Milliardeninvestitionen notwendig, erklärt JUSO-Präsidentin Mirjam Hostetmann: «Ohne faire Beteiligung der Superreichen müsste am Ende die breite Bevölkerung alles bezahlen.»

Unternehmer drohen mit Wegzug

Laut einer Studie der Universität St. Gallen betrifft die Initiative schweizweit etwa 2900 Steuerzahlende. Sie besitzen gesamthaft rund 560 Milliarden Franken – das entspricht 20 Prozent am gesamten steuerbaren Vermögen in der Schweiz. Die Studienverfasser rechnen damit, dass ein



Teil dieser «sehr vermögenden Personen» die Schweiz verlassen könnten, um der Steuer zu entgehen. In diesem Fall würde die Staatskasse deutlich weniger einnehmen, also noch maximal eine Milliarde Franken pro Jahr.

Die Initiative löst bei Betroffenen teils heftige Reaktionen aus. Der Unternehmer Peter Spuhler, mit einem geschätzten Vermögen von vier Milliarden Franken einer der reichsten Schweizer, spricht von einer «Enteignungsinitiative». Spuhler, Chef des Schienenfahrzeugherstellers Stadler Rail, drohte in einem Zeitungsinterview gar mit der Auswanderung – zum Beispiel nach Österreich, das keine Erbschaftssteuern erhebt. In der Schweiz müssten seine Nachkommen bei Annahme der Initiative im Erbfall mehr als 1,5 Milliarden Franken an den Staat abliefern. Für Spuhler ein Unding: «Mein Vermögen liegt nicht auf der Bank, sondern steckt zu fast 100 Prozent in meinen Unternehmen

2022 präsentierten die Initianten und Initiantinnen ihr Begehren an einem Ort, der für sie für das zu lösende Umweltproblem stand: im Bett des praktisch ausgetrockneten Flusses Emme. Foto Keystone

und diversen kleineren Firmen.» Um die Steuern zu zahlen, müssten diese Firmen verkauft werden – schlimmstenfalls an ausländische Investoren, gibt Spuhler zu bedenken. Diese Befürchtungen halten die Initiantinnen und Initianten für unbegründet: Unternehmen könnten die Steuerschuld in Raten begleichen, oder dafür Kredite aufnehmen, entgegnete die JUSO-Präsidentin.

Auch der Ökonom Volker Grossmann, Wirtschaftsprofessor an der Universität Freiburg, erachtet eine Neuverschuldung bei Familienunternehmen nicht als problematisch, sofern eine Firma gut läuft. «Bei den Folgen für die Wirtschaft wird komplett übertrieben», sagte Grossmann der Zeitung «Blick». Die Steuern seien nicht das einzige Kriterium für die Standortattraktivität, schliesslich biete die Schweiz noch andere Vorteile. Grossmann bezeichnet die Erbschaftssteuer als die «am wenigsten

verzerrende Steuer», da Erben für ihr Vermögen nichts geleistet hätten, sondern schlicht und einfach das Glück hätten, in einer reichen Familie geboren zu sein.

Zweiter Anlauf nach 2015

Der Bundesrat und die bürgerliche Parlamentsmehrheit lehnen die «radikale» Initiative rundweg ab. Sie gefährde die Attraktivität der Schweiz als Wohnsitzstaat für vermögende Personen, lautet der Tenor. Zudem trügen die Reichen bereits heute über die Vermögenssteuer erheblich zum Staatshaushalt bei. Ein Prozent der Steuerzahlenden zahlt fast 40 Prozent der direkten Bundessteuer – das sind über fünf Milliarden Franken.

Einzig SP und Grüne unterstützen das Vorhaben. Sie argumentieren mit der zunehmend ungleichen Verteilung der Vermögen in der Schweiz. Angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse käme ein Erfolg an der Urne einer Sensation gleich. In einer Umfrage der Penderzeitung «20 Minuten» vom August 2024 lehnten 58 Prozent die Initiative ab. Neuere Umfragen lagen bei Redaktionsschluss dieser «Revue» noch nicht vor.

Vor zehn Jahren war eine linke Initiative zur Einführung einer Erbschaftssteuer auf Bundesebene mit 71 Prozent Nein klar gescheitert. Die Initiantinnen und Initianten wollten damals Erbschaften bereits ab der Höhe von zwei Millionen Franken mit einer Steuer von 20 Prozent belegen – dies zugunsten der AHV. Der neue Vorstoss fokussiert nun auf die «Superreichen».

Flickenteppich in den Kantonen

Auf kantonaler Ebene gibt es bereits Erbschaftssteuern, allerdings sind diese uneinheitlich ausgestaltet. Ob-

Von der Initiative betroffen wären 2900 Steuerzahlende. Sie besitzen gesamthaft rund 560 Milliarden Franken – **das entspricht 20 Prozent am gesamten steuerbaren Vermögen in der Schweiz.**

walden und Schwyz etwa verzichten ganz darauf. In den übrigen Kantonen sind Ehepartner und direkte Nachkommen meist von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit. Auch die Tarife variieren stark, je nach Kanton zwischen 0 und 49 Prozent.

Grosse Unterschiede zeigt auch ein Blick ins benachbarte Ausland: Deutschland kennt eine progressive Erbschaftssteuer, gewährt jedoch zahlreiche Ausnahmen, zum Beispiel für Unternehmensvermögen. In Österreich wurde die Erbschaftssteuer auf Bundesebene 2008 ganz abgeschafft. In Italien wiederum gilt ein relativ tiefer Steuersatz von vier Prozent, und

Juso-Präsidentin Mirjam Hostetmann argumentiert, es brauche für die Bewältigung der Klima-herausforderung die «faire Beteiligung der Superreichen».

Er ist ein prominentes Gesicht der Gegnerschaft: Peter Spuhler, dessen Züge Weltruf geniessen, droht mit dem Wegzug aus der Schweiz. Fotos Keystone

der Staat lockt reiche Zuzüger mit Vergünstigungen an. Am teuersten ist Erben in Frankreich: Dort kassiert der Fiskus je nach Höhe des Nachlasses bis zu 45 Prozent. Wer zum Beispiel 100 Millionen Euro erbt, muss dem französischen Staat 45 Millionen Euro abliefern. Das ist deutlich mehr, als die JUSO-Initiative für die Schweiz verlangt. Für das gleiche Vermögen würden hierzulande – nach Abzug des Freibetrags – 25 Millionen Franken an Steuern anfallen.

Die Initiantinnen und Initianten wollen verhindern, dass die Reichen die Erbschaftssteuer noch vor deren Inkrafttreten mit der Auswanderung in ein anderes Land umgehen. Der Initiativtext sieht deshalb eine Art Rückwirkungsklausel vor, die rechtlich umstritten ist. Der Bundesrat gab bereits zu verstehen, dass sich diese Forderung nicht buchstabengetreu umsetzen lässt.

Ob es überhaupt so weit kommt, entscheidet am 30. November 2025 das Stimmvolk.





Schweiz stimmt über einen Bürgerdienst für alle ab

Heute müssen alle jungen Schweizer Männer Militär- oder Zivildienst leisten. Eine Initiative will diese Pflicht breiter definieren – und als gemeinnützigen «Service citoyen» auf alle Bürgerinnen und Bürger ausdehnen.

THEODORA PETER

In einer Welt voller Krisen und Katastrophen sollten alle Menschen im Lande Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben übernehmen. Dafür plädieren die Urheberinnen und Urheber der Initiative «Für eine engagierte Schweiz» (Service-citoyen-Initiative). Hinter dem Vorschlag steht ein überparteiliches Komitee, das sich für ein «Milizsystem mit Zukunft» einsetzt. Die Initiantinnen und Initianten wollen die in der Verfassung verankerte Wehrpflicht breiter definieren: Demnach «leistet jede Person mit Schweizer Bürgerrecht einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt», wie es im Initiativtext heisst. Der «Service citoyen» soll auch Einwohnerinnen und Einwohnern ohne Schweizer Pass offenstehen.



«Um die Sicherheit zu verstärken, braucht es ein Zusammenspiel zwischen Armee und Zivilbevölkerung»

Noémie Roten, Co-Initiantin der Service-citoyen-Initiative.

Der Bürgerdienst könnte entweder als klassischer Militärdienst oder in Form eines gleichwertigen «Milizdienstes» erbracht werden. Gemeint sind Einsätze für die Katastrophenvorsorge, die Ernährungssicherheit oder bei der Betreuung von Men-

schen. Diese Aufgaben übernehmen heute Zivildienstleistende, Freiwillige oder Familienangehörige.

«Wir wollen das zivilgesellschaftliche Engagement stärken», sagt Kampagnenleiterin Noémie Roten (36). Damit einhergehen soll auch mehr Anerkennung für Freiwilligenarbeit. «Junge Frauen sehen nicht ein, dass sie ein unbezahltes Praktikum in einer Sozialeinrichtung machen sollen, während ihr Kollege als Zivildienstleistender dafür Sold vom Staat erhält.» Mit einem Milizdienst würden Frauen und Männer gleichgestellt, auch was die Entschädigung betrifft.

Ablehnung von links und rechts

Im Parlament stiess die Initiative auf wenig Gegenliebe. Einzig die Grünliberalen sprachen sich dafür aus. Die Linke hingegen sieht darin kein Gleichberechtigungsprojekt, sondern kritisiert, dass Frauen zu einem «allgemeinen Zwangsdienst» verpflichtet würden. Ein staatlich verordneter Bürgerdienst sei der falsche Weg, um soziales Engagement zu stärken.

Politiker aus dem rechten Spektrum befürchten eine Schwächung des Militärs und lehnen die Initiative aus diesem Grund ab. «Wir sind keine armeefeindliche Truppe», entgegnet Noémie Roten, die nach der Matura selber Militärdienst leistete und dabei Armee-Lastwagen chauffierte. Nach wie vor seien viele junge Menschen motiviert, den klassischen Dienst an der Waffe zu leisten, ist Roten überzeugt. Auch garantiere der Initiativtext den Sollbestand von Armee und Zivilschutz. «Um die Sicherheit zu verstärken, braucht es ein Zusammenspiel zwischen Armee und Zivilbevölkerung». Ein Milizdienst würde junge Menschen aus verschiedenen Regionen und Lebensumständen zusammenbringen. Davon verspricht sich

Roten mehr «Solidarität, Verantwortung und Zusammenhalt jenseits von Sprach- und sozialen Grenzen».

Die Initiantinnen und Initianten setzen nun darauf, am 30. November das Stimmvolk und die Kantone von ihrer Vision zu überzeugen. Optimismus schöpfen sie aus Befunden der ETH Zürich, die jährlich das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung untersucht. In der jüngsten Studie 2025 befürworteten zwei Drittel die generelle Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes für Frauen und Männer wie auch ein Modell, das eine freie Wahl zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst vorsieht.

Aktuelle Abstimmungsumfragen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Angesichts der breiten Nein-Front steht dem Komitee, das über wenig Mittel verfügt, ein schwieriger Abstimmungskampf bevor.

Der Rückblick auf die Volksabstimmungen vom 28. September 2025 folgt in der nächsten Revue.

Die Abstimmungen vom 30. November im Überblick

Service citoyen: Die Initiative «Für eine engagierte Schweiz» verlangt, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen Einsatz zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt leistet – sei es im Militär oder in einem zivilen Bereich (siehe Haupttext).

Nationale Erbschaftssteuer: Die Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» will Erbschaften und Schenkungen ab der Höhe von 50 Millionen Franken zu 50 Prozent besteuern. Das Geld soll in den Klimaschutz fliessen (siehe Seiten 20–21).

Neue Kampfjets: Wie fix ist ein Fixpreis?

Lange ging der Bundesrat davon aus, er könne in den USA neue Kampfjets zu einem fixen Preis kaufen. So hatte er es auch dem Stimmvolk versprochen. Jetzt zeigt sich aber klar: Die bestellten F-35-Jets drohen um über eine Milliarde Franken teurer zu werden.

CHRISTOF FORSTER

Seit Mitte August ist klar: Die Beschaffung der neuen Kampfjets wird nicht so geräuschlos über die Bühne gehen, wie sich das das Verteidigungsdepartement (VBS) gewünscht hat. In den Gesprächen mit den USA habe die Schweiz keinen Fixpreis für den F-35 durchsetzen können, sagte Bundesrat Martin Pfister am 13. August 2025 vor den Medien. Er habe persönlich mit US-Verteidigungsminister Pete Hegseth telefoniert. Dieser sei zwar sehr freundlich gewesen, aber auch klar in seiner Aussage. Die USA würden nicht von ihrer Position abrücken. Das heisst, dass es zu Mehrkosten für die 36 Flugzeuge von 650 Millionen bis 1,3 Milliarden Franken kommt – Stand jetzt.

Damit ist jetzt genau das eingetreten, was man vermeiden wollte: eine neue Debatte über Sinn oder Unsinn der F-35-Beschaffung. Begleitet wird sie von fundamentaler Kritik seitens der parlamentarischen Linken: Das Stimmvolk sei «hinters Licht geführt» worden.

Wie ein roter Faden

Der Fixpreis zog sich wie ein roter Faden durch den Beschaffungsprozess. Jahrelang versprachen Pfisters Vorgängerin Viola Amherd und ihre Leute mantramässig, der F-35 werde nicht mehr als 6 Milliarden Franken kosten. Man profitiere beim Kauf von Festpreisen. Darin sei auch die Inflation eingerechnet.

Immer wieder gab es Zweifel, Journalisten hinterfragten den Fixpreis. Eine eindeutige Warnung kam 2022 von der Finanzkontrolle. Sie wies darauf hin, dass der angebliche Fixpreis nicht sicher sei. Daraufhin kassierte die Finanzkontrolle eine scharfe Rüge des VBS: Sie gefährde die Interessen des Bundes erheblich. Die damaligen Verantwortlichen bei der Finanzkontrolle ärgern sich heute darüber, wie leichtfertig das VBS die Kritik der Juristen abtat. Man hätte weiterverhandeln und die juristischen Unschärfen beseitigen können. Zu diesem Zeitpunkt war der Vertrag noch nicht unterschrieben.

Wenig später liess die US-Botschaft in der Schweiz verlauten, die Beschaffung der F-35 beinhalte Fixpreise. Das VBS gab Gutachten in Auftrag, um die Frage zu klären – eines bei der US-amerikanischen Kanzlei Arnold & Porter. Diese schätzte das Risiko von Preiserhöhungen als gering ein. Sie verwies darauf, dass in den entsprechenden Schreiben zwischen den Regierungen der USA und der Schweiz explizit von Fixpreisen die Rede sei, die auch die Inflation berücksichtigen. Davon kann die US-Regierung laut dem Gutachten nur unter besonderen Umständen abweichen. Dieses Risiko schätzte die Kanzlei indessen als



gering ein. Weil die Kampfjets mittlerweile ausgereift seien und die Anforderungen der Schweiz an die Ausstattung der Jets nicht ändere. Basierend auf dieser Einschätzung hatte das VBS gute Gründe, am Fixpreis nicht zu zweifeln.

Zusatzkredit oder weniger Jets

Eine Warnung gab es dennoch im Gutachten: Das US-Recht sehe vor, dass Mehrkosten an die Schweiz weitergegeben werden könnten. In einem solchen Fall sei es nicht klar, ob die Schweizer Regierung den Festpreis durchsetzen könne. Denn der Vertrag verbiete es, den Streit von einem Schiedsgericht lösen zu lassen. Streitigkeiten müssten wahrscheinlich diplomatisch gelöst werden. Und dies ist nun endgültig misslungen.

Der Bundesrat will trotz Mehrkosten am Kauf der Jets festhalten. Er prüft bis Ende November verschiedene Optionen, darunter die Variante, weniger Jets zu kaufen, um das Kostendach von 6 Milliarden Franken einzuhalten. Möglich wäre auch, ein Zusatzkredit beim Parlament zu beantragen. Ob dieser dem Volk vorgelegt werden soll, wird laut Pfister geprüft.

Das letzte Kapitel in dieser Geschichte ist wohl noch lange nicht geschrieben.

Ein F-35 im Steigflug. Wie sehr trotz «Fixpreis» dessen voraussichtliche Kosten steigen, ist für die Schweiz ein äusserst heftig diskutiertes Politikum. Foto Keystone



Schweizer Wohnungsnot befeuert Debatte über Airbnb

In der Schweiz finden Mieterinnen und Mieter kaum mehr bezahlbare Wohnungen. Denn: Buchungsplattformen wie Airbnb entziehen dem Mietmarkt laufend Wohnraum. Jetzt geben erste Gemeinden kräftig Gegensteuer.

DENISE LACHAT

In Barcelona gehen aufgebrachte Einheimische mit Transparenten auf die Strasse und rufen «Tourist go home!», in Schweizer Städten macht die Bevölkerung ihrem Ärger mit basisdemokratischen Instrumenten Luft. «Wohnraum schützen – Airbnb regulieren» heisst die Initiative, die 2023 in der Stadt Luzern angenommen worden ist. Aktuell doppelte gleich fünf Gemeinden in der Jungfrauregion nach. In Unterseen, Interlaken, Matten, Wilderswil und Bönigen waren die nötigen Unterschriften für gleichlautende Gemeinde-Initiativen in Windeseile erreicht, sagt Hanspeter Berger, Ko-Präsident der federführenden SP Bördeli-Jungfrau. «Das Thema Airbnb brennt der Bevölkerung unter den Nägeln, das ist kein linkes Anliegen», bestätigt Jürg Müller-Muralt aus Unterseen, der am Initiativen-Projekt mitgewirkt hat. An der Gemeindeversammlung zum Thema sei die Mehrzweckhalle randvoll gewesen, sagt Müller-Muralt. Das habe er noch nie erlebt.

Grund zur Sorge

Nicht zufällig brennt es der Schweizer Bevölkerung unter den Nägeln. Der Trend sei «besorgniserregend», bestätigt das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) in seinem jüngsten Bericht. In vielen Schweizer Regionen stünden immer weniger Wohnungen zur Dauermiete frei. Ist Airbnb schuld daran? Die Plattform für Kurzzeitvermietungen ist

zumindest einer der Treiber und verschärft die Situation. Für Hanspeter Berger ist klar: «Airbnb mit seinen bis zu viermal höheren Renditen im Vergleich zum Erstwohnungsmarkt für Langzeitvermietungen ist heute ein Businessmodell mit unethischen Auswirkungen. Es verknappt den Wohnraum für Einheimische und treibt die Mietpreise in die Höhe.» Besonders stossend ist in seinen Augen, dass mit den Touristen via Airbnb rasches Geld verdient werde, während die Angestellten in der Tourismusbranche, die oft bescheidene Löhne verdienten, sich das Wohnen in der Nähe ihres Arbeitsorts nicht mehr leisten könnten. Was tun? Die fünf kommunalen Volksinitiativen wollen das «Businessmodell Airbnb» unattraktiver gestalten, indem sie die Kurzzeitvermietung von Wohnungen via Buchungsplattformen auf maximal 90 Tage pro Jahr beschränken. Die Idee dahinter: Darf eine Wohnung jährlich nur noch während 90 Tagen kurzzeitig vermietet werden, wird die konventionelle Dauervermietung für Wohnungseigentümer finanziell wieder interessant.

Die 90-Tage-Regel ist keine neue Erfindung: Man kennt sie in verschiedenen Städten Europas und der Schweiz. Der Kanton Genf hat sie bereits 2018 eingeführt, 2022 hat auch der Kanton Waadt ähnlich reguliert, und seit Anfang Jahr setzt die Stadt Luzern die eingangs erwähnte Initiative ebenfalls mit diesem Element um. Der Luzerner Initiant David Roth freut sich auf eine Entspannung der Lage. Er ist überzeugt, dass in den nächsten Monaten und

In Luzern gehören Gäste aus aller Welt zum Bild des Alltags. Gegen den Airbnb-Boom geht die Stadt nun aber mit einschränkenden Bestimmungen vor. Foto Keystone

Jahren Hunderte von Wohnungen vom Zweit- auf den Erstwohnungsmarkt zurückkehren werden.

Weil inzwischen selbst schlechte Wohnungen auf die Schnelle renoviert, mit Kajütenbetten vollgestellt und teuer vermietet werden, spricht sich sogar ein erklärter Regulierungsgegner wie Urs Kessler für die Massnahme aus. Die Entwicklung sei für den Schweizer Tourismus imageschädigend, sagte der Ex-Chef der Jungfrau-bahnen in einem Interview.

Auch Berggebiet unter Druck

Natürlich gibt es auch Gegner. Nicht wenige sehen mit der 90-Tage-Regelung die Eigentums-garantie in Gefahr. Und auch Besitzer von Ferienchalets horchen auf. Sie sind aber beispielsweise in den Gemeinde-Initiativen der Jungfrau-region explizit ausgenommen. «Wenn Ferienchalets und -wohnungen von den Eigentümern selbst bewohnt werden, dürfen bis zu fünf Betten ohne Einschränkung vermietet werden», erklärt SP-Präsident Berger. Diese Form der Beherbergung ist im Berner Oberland Tradition und stiftet keinen Unfrieden. Auch Thomas Egger, Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), heisst Airbnb in den Berggebieten «sehr willkommen, wenn es darum geht, kalte Betten in Zweitwohnungen in warme Betten zu verwandeln». Problematisch werde es hingegen, wenn Erstwohnraum dauerhaft dem Wohnungsmarkt entzogen werde.

Wohnungsknappheit im Berggebiet ist laut Egger eine direkte Folge der Corona-Pandemie und somit ein relativ neues Phänomen. Er sagt: «Seit der Pandemie möchten wesentlich mehr Personen in die Berggebiete ziehen, um sich dauerhaft in Erstwohnungen oder vorübergehend in Zweitwohnungen niederzulassen.» Die Folge davon: Die durchschnittliche Leerwohnungsziffer hat sich in den Tourismusgemeinden laut Egger innerhalb von drei Jahren halbiert – auf unter 1 Prozent. Stehen weniger als 1 Prozent der Wohnungen leer, spricht man in der Schweiz von Wohnungsnot. Diese ist also in vielen Tourismusorten längst erreicht. Der SAB-Direktor rechnet nicht damit, dass sich die Situation rasch entschärft.

Hingegen sieht Egger Airbnb nicht als Konkurrenz für die Hotellerie. Airbnb spreche teilweise ein anderes Kundensegment an und bringe so zusätzliche Gäste in die Destination. Auch für die Hotelbetriebe sei Airbnb ein zusätzlicher Verkaufskanal.

Entscheidend: Ausmass und Kontrolle

Weil die Schweiz keine landesweit geltenden Einschränkungen für die Vermietung von Airbnb-Wohnungen kennt,



müssen die Kantone und Gemeinden handeln. Die Stadt Bern verfügt seit Anfang 2022 über eine Reglementierung von Kurzzeitvermietungen in der Altstadt. Je nach Zone sind der Dachstock beziehungsweise Wohnungen ab dem zweiten Stockwerk Langzeitmieterinnen und -mieter vorbehalten. Unterseen verbietet die kurzzeitige Vermietung innerhalb der Wohnzone, und Interlaken reguliert die Nutzung von Zweitwohnungen über die Zonenpläne. Auch die SAB empfiehlt Gemeinden, in einem ersten Schritt eine Wohnraumanalyse vorzunehmen und eine Wohnraumstrategie zu erarbeiten, um dann passende Massnahmen zu ergreifen.

Entscheidend ist indes, wie weit die Massnahmen gehen. Hanspeter Berger spricht im Falle von Interlaken von einem zahnlosen Tiger, wenn bloss eine Mindestvermietdauer von zwei aufeinanderfolgenden Nächten vorgeschrieben sei. Genauso lange blieben jeweils Airbnb-Gäste. Noch entscheidender ist aber, wie gut die Umsetzung der Massnahmen kontrolliert wird. Im Kanton Genf beispielsweise kritisieren sowohl der Tourismusdirektor wie auch der Präsident des Genfer Mieterverbands (und ASO-Vorstandsmitglied) Carlo Sommaruga mangelnde Kontrollbereitschaft. Natürlich brauche es Ressourcen, wenn das Gemeindepersonal vorbeigehen müsse, um zu sehen, ob eine Wohnung belegt sei oder nicht, sagt Sommaruga. Er fordert Kontrollen, deren Aufwand nötigenfalls mit Bussen finanziert werden soll. Leicht ist es indes nicht, ein Kontrollsystem aufzubauen. Erste Gemeinden – etwa Luzern, Davos und St. Moritz – verpflichten aber inzwischen die Vermieter von Airbnb-Wohnungen, sich beim zuständigen Amt zu registrieren und ihre Identifikationsnummer auf der Buchungsplattform zu publizieren. Das soll die Kontrollen erleichtern.

Anonyme Schlüsseldepots statt Klingelschilder mit Namen: Weil Airbnb boomt, werden in vielen Städten Mieter und Mieterinnen aus ihren Wohnquartieren verdrängt.

Foto Keystone

Von der bitteren Erkenntnis, «dass man sich selber überlebt»

Cäsar von Arx (1895–1949) war der bekannteste Schweizer Dramatiker vor 1945.



Cäsar von Arx
(1895–1949)

CHARLES LINSMAYER

Am 5. März 1936 kam am Zürcher Schauspielhaus unter Leopold Lindtberg «Der heilige Held», das neueste Stück von Cäsar von Arx, zur Uraufführung. Es stellte eine Episode aus dem Aufstand der Entlebucher gegen die Stadt Luzern im Jahre 1478 dar. Der Aufrührer Peter Amstalden soll hingerichtet werden, es sei denn, sein Schwiegervater, Niklaus von Flüe, ergreife für Luzern Partei. Der weist das von sich, und Amstalden wird in dem Moment geköpft, als der Eremit durch seine Botschaft an die Stanser Tagssatzung den Landesfrieden rettet. «Wer Gott finden will, muss den Menschen dienen», heisst die Quintessenz des Stücks, «und wer den Menschen dienen will, muss Gott suchen.» Trotz guter Kritik und dem Lob von Thomas Mann, dem «das im Heimatboden wurzelnde Stück mit seiner körnigen Sprache beste «Schweiz» zu erleben» gab, kam es nur gerade auf drei schlecht besuchte weitere Vorstellungen. Wollte das Publikum seine «Schweizerdichter», die sich in jenen Jahren lieber mit fragwürdigen Aktivitäten hinter den Kulissen als mit Genialität auf der Bühne gegen ausländische Konkurrenten behaupteten, vielleicht gar nicht sehen?

Sackgasse «geistige Landesverteidigung»

Immerhin war der am 23. Mai 1895 in Basel geborene Cäsar von Arx, Autor der Cendrars-Adaption «General Suter» und des Bühnenbestsellers «Der Verrat von Novara», mit Abstand der berühmteste Schweizer Dramatiker jener Zeit. Und doch geriet auch er in die Sackgasse des nationalen Alleingangs im Zeichen der geistigen Landesverteidigung. Von Schiller, Shakespeare und Arnold Ott herkommend, hatte er niemals Anschluss an die

Avantgarde seiner Generation gefunden. Seine Domäne war das Historische und das Schweizerische. 1932, als «General Suter» in Berlin durchfiel, versteifte er sich mehr denn je darauf. «Für diese kaltschnäuzigen Grossstadtjuden soll ein anderer schreiben», schimpfte er in einem Brief an den Vater und nahm sich gleich drei weitere historische Schweizer Stoffe vor.

«Der «Normalmensch» dieses «Elektrizitätszeitalters» hält jeden für verrückt, der die Fackel für ebenso erhaltungswürdig erklärt als die Glühlampe. Wie aber, wenn eines Tages der die Glühlampe speisende Strom versiegt ist? Wird da der Fackelträger nicht plötzlich wieder zum Prometheus? Wer hat also ein Recht, mich heute zu verspotten oder mich gar für fossil zu halten, weil ich im Zeitalter der Technik das Wissen um das Ich, der Kultur des Individuums, das Einmalige der Persönlichkeit hege und pflege? Die Menschen sind geneigt, das von ihnen als wichtig Erkannte zum allein selig machenden Dogma zu erheben – sie anerkennen nur mehr den Elektriker und nicht mehr den Fackelträger.»

(Aus «Die Fackelträger» in: Cäsar von Arx: Werke IV, bearbeitet von Reto Caluori, Schwabe-Verlag Basel, 2008)

Das Bundesfeierspiel 1941 als Höhepunkt

Seine Stunde schlug erst, als 1941 in Schwyz über 100 000 Leute sein «Bundesfeierspiel» zum Jubiläum 650 Jahre Eidgenossenschaft sahen, aber nicht wissen konnten, wie unerbittlich Bundesrat Philipp Etter dafür gesorgt hatte, dass Flüchtlingsfrage und Antifaschismus aus dem Text eliminiert worden waren. 1945 aber kam das bittere Erwachen. «Warum fällt mir», notierte er damals mit Blick auf Frischs erfolgreiches Drama «Nun singen sie wieder» ins Tagebuch, «nie so etwas ein, so schlicht und ruhig und tief, so dichterisch. Mit meinem ewigen historischen Zeugs. Es ist bitter, zur Erkenntnis kommen zu müssen, dass man sich selber überlebt.»

Tatsächlich fand von Arx, dessen letzte Werke das Zwingli-Drama «Brüder in Christo» und das «Gedenkspiel zur 450-Jahr-Feier der Schlacht bei Dornach» waren, den Weg in die Gegenwart nicht mehr. «Ohne die wunderbare Zuversicht meiner Frau hätte ich den Kampf gegen mich selbst schon längst aufgegeben», bekannte er 1947 Franz Beidler. Als Gertrud von Arx am 14. Juli 1949 starb, erschoss er sich wenige Stunden später in seinem Arbeitszimmer in Niedererlinsbach. «Nulla crux, nulla corona», «Kein Kreuz, keine Krone», liess er auf sein Grab schreiben. Die Krone war ihm versagt geblieben, weil er sich nicht von der Idee eines Schweizer Nationaldramas hatte lösen können.

BIBLIOGRAFIE: Von 1986 bis 2008 sind im Schwabe-Verlag, Basel, herausgegeben von Armin Arnold, in vier Bänden die gesammelten Werke von Cäsar von Arx erschienen.

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST IN ZÜRICH

Tor, Tor, Toooooor!



MARIANNE MEIER & MONIKA HOFMANN:
«Das Recht zu kicken.
Die Geschichte des
Schweizer Frauenfuß-
balls».
Verlag Hier und Jetzt.
Zürich, 2025. 335 Seiten,
39 Franken.

An der Europameisterschaft in der Schweiz hat der Frauenfußball diesen Sommer neue Sphären erreicht: purzelnde Zuschauerrekorde, packende Spiele, Euphorie in Stadien und Fanzonen. Das Schweizer Nationalteam – die «Nati» – begeisterte das heimische Publikum auf der grossen Bühne und erreichte erstmals einen EM-Viertelfinal.

Das rot-weiße Sommermärchen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Fussballerinnen in der Schweiz lange ins Abseits gedrängt worden waren. Noch bis in die 1960er-Jahre blieb ihnen der Zugang zum männerdominierten Territorium verwehrt. Zwar kannte der Schweizer Landesverband – im Unterschied zu England oder Deutschland – kein formelles Frauenfußballverbot. Dennoch mussten sich die Pionierinnen «das Recht zu kicken» hart erkämpfen, wie die Historikerin Marianne Meier und die Geschlechterforscherin Monika Hofmann in ihrem Buch nachzeichnen.

Zu den Pionierinnen gehörten etwa die Schwestern Monika und Silvia Stahel, die 1963 im Aargauer Dorf Murgenthal das erste Frauenfußballteam, den FC Goitschel, gründeten. Mit zunehmendem Erfolg wuchsen auch die Ambitionen der Fussballerinnen: Sie wollten nicht länger als Exotinnen an Dorfturnieren auftreten. Mit ihrem Gesuch nach einem offiziell anerkannten Frauenwettbewerb bissen sie beim Schweizerischen Fussballverband (SFV) jedoch auf Granit. Um die enttäuschten Spielerinnen zu besänftigen, bot ihnen der SFV eine Ausbildung zur Schiedsrichterin an. Die Aargauerinnen hätten lieber selber gespielt, sahen aber im Angebot eine Chance, ihr Können auf dem Fussballplatz anderweitig zu beweisen. Die «Pfeifendamen» kamen lediglich bei Juniorenspielen zum Einsatz.

Die Wende folgte 1970 mit der Gründung der Schweizerischen Damenfußball-Liga, die zwanzig Jahre später in den SFV integriert wurde. Ebenfalls Anfang der 1970er-Jahre fanden die ersten Länderspiele statt. Zu den Spitzenspielerinnen der «Nati» gehörte Madeleine «Mado» Boll, die beim Mailänder Firmenklub ACF Gomma Gomma unter Vertrag stand. Die talentierte Fussballerin hatte nach Italien gewechselt, nachdem sie in der Schweiz ausgebremst worden war. Als junges Mädchen hatte «Mado» noch erfolgreich mit den (männlichen) Junioren des FC Sitten gekickt – und 1965 sogar eine SFV-Lizenz erhalten. Als der Verband seinen «Irrtum» bemerkte, entzog er Boll die Spielberechtigung. Sie gab ihren Traum nicht auf – und ebnete den Weg für Tausende von Mädchen und Frauen, die seither in ihre Fussstapfen getreten sind.

THEODORA PETER

The Young Gods: 40 Jahre experimenteller Schweizer Rock



THE YOUNG GODS:
«Appear Disappear»
Two Gentlemen records,
Lausanne, 2025

Die 1985 in Genf gegründete Band The Young Gods hat im Juni 2025 ihr dreizehntes Album veröffentlicht. «Appear Disappear» fasziniert durch raue, harte Klänge und ruft zum Widerstand auf. Rockfans könnte die kraftvolle Intensität der Platte stellenweise an U2 erinnern. Nicht aber echte Kennerinnen und Kenner, denn diese wissen, dass vielmehr die Schweizer die irische Band und darüber hinaus auch David Bowie und die deutsche Band Rammstein beeinflusst haben!

Grundgerüst der Musik der «Gods» bilden ein Rock ohne Gitarren und der kreative Einsatz des Samplers – einem Gerät, mit dem Klänge aus beliebigen Quellen aufgenommen

und auf vielfältige Weise variiert werden können. Genau das machten auch die Rapper und später die Schöpfer elektronischer Musik. «Appear Disappear» präsentiert sich als Rock-Opus, das diesmal jedoch Raum für Gitarren lässt. Einige Songs aus der Diskografie der Band sind wirklich nur etwas für Kennerinnen und Kenner, doch dieses Album ist für ein breiteres Publikum zugänglich. The Young Gods wollten «etwas Rohes» produzieren – und das ist ihnen auch gelungen. Das Album ist von den Spannungen unserer Welt inspiriert. «Appear Disappear» heisst auch der erste Titel, eine Schlagzeug-Kavalkade, die von verzerrtem Gitarrensound durchbrochen wird. Auf diesen kurzen Song folgt «Systemized», in dem Franz Treichler in seinem etwas bizarren Englisch «Ich bin nicht der Feind» ruft.

«Appear Disappear» erschliesst sich erst nach mehrmaligem Hören. Ist es ein düsteres Album? Der Text von «Shine That Drone» feiert den Widerstand. «Ich singe von der Geschichte einer Menschenmenge, die zu tanzen beginnt und auf den Boden stampft, um Staub aufzuwirbeln, der daraufhin die Drohnen stört», erklärt der Sänger dem Musikjournalisten Daniel Koch. «Appear Disappear» ist daher eher ein Aufruf zum Kampf als ein düsteres Bild von der Apokalypse. Neulinge können sich getrost erst dieses Album anhören, bevor sie sich rückwärts durch die Musik der «Gods» arbeiten. Dieser Weg zurück zu den Anfängen würde zweifellos auch der Band von Franz Treichler (Gitarre, Gesang), Cesare Pizzi (Sampling, Elektronik) und Bernard Trontin (Schlagzeug) gefallen, die Klänge als formbares Rohmaterial betrachten. Und was hat die Schweiz damit zu tun? Musikkritikerinnen und -kritikern fiel schnell auf, dass es sich bei einer Passage des Albums – «I spend my time in the brain of the monster» – um ein Zitat handelt. Bei seinem Schweiz-Besuch im Jahr 1964 hatte nämlich Che Guevara diesen Ausdruck verwendet, um das reiche Helvetien zu beschreiben, ein friedliches Land mit vielen Banken, die nicht immer über jeden Verdacht erhaben sind, wie sein Freund Jean Ziegler einmal sagte.

STÉPHANE HERZOG

Elisabeth Eidenbenz, ein Leben im Zeichen der Bescheidenheit

Die in der Öffentlichkeit bisher wenig bekannte, äusserst bescheidene Auslandschweizerin verkörperte in Kriegszeiten Hoffnung und Menschlichkeit.

AMANDINE MADZIEL

In der Schweizer Entbindungsklinik in Elne wurden Kinder und Frauen verschiedener Nationalitäten und Konfessionen aufgenommen, die vor der Franco-Diktatur oder später vor der Gestapo geflohen waren. Spanierinnen, Jüdinnen und Zigeunerinnen wurden trotz der Anweisung des Schweizerischen Roten Kreuzes, die Rassengesetze von Vichy einzuhalten, versteckt. Schätzungen zufolge konnten dort etwa 200 jüdische Babys gerettet werden. Elisabeth Eidenbenz nahm die «unerwünschten» Kinder bei sich auf und kümmerte sich um sie. Dank ihrer Entschlossenheit und manchmal auch ihres Ungehorsams konnten in der Schweizer Entbindungsklinik 600 Babys vor dem sicheren Tod bewahrt werden.

Ihre Geschichte

Elisabeth kam 1913 in Wila ZH als Tochter des Pfarrers Johann Albrecht Eidenbenz und von Marie, geborene Hess, als drittes von sechs Kindern zur Welt. Später absolvierte sie eine Ausbildung zur Lehrerin. Von 1929 bis 1933 besuchte sie die Töcherschule in Zürich und 1934 die Haushaltungsschule in Neukirch an der Thur. Ihre berufliche Laufbahn als Lehrerin begann sie dann in den Arbeitervierteln von Winterthur und Zürich.

Während des Spanischen Bürgerkriegs wurde sie 1938 als Mitarbeiterin des Internationalen Zivildienstes rekrutiert und betreute in Burjassot in der Provinz Valencia die Mitarbeitenden der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Spanienkinder (SAS), auch bekannt unter dem Namen Ayuda Suiza.

Im Januar 1939, als Katalonien von den Franco-Truppen erobert wurde, versetzte man Elisabeth Eidenbenz nach Südfrankreich. In Brouilla, nahe der spanischen Grenze, sollte sie ein Geburtszentrum und Erholungsheim für Flüchtlingsfrauen und ihre Kinder einrichten. Als dieses Ende September 1939 geräumt werden musste, entdeckte Elisabeth Eidenbenz das Schloss von Bardou in der Nachbargemeinde Elne. Es gelang ihr, die notwendigen Mittel aufzubringen, sodass



Ein ikonisches Bild: Elisabeth Eidenbenz mit dem spanischen Flüchtlingskind Pablo.

Alle Aufnahmen aus Paul Senns Fotoreportage in der Schweizer Illustrierten Zeitung vom 25. Februar 1942, © Gottfried-Keller-Stiftung

die SAS das Anwesen kaufen und die staatlich anerkannte Entbindungsklinik nach der Renovierung eröffnen konnte.

Die Schweizer Entbindungsklinik in Elne

Die Schweizer Entbindungsklinik in Elne, die von November/Dezember 1939 bis Ostern 1944 betrieben wurde, war eine Aufnahme- und Erholungsstätte für Pflegebedürftige. Diese kamen hauptsächlich aus den Lagern um Rivesaltes und Argelès und waren bei ihrer Ankunft in der Klinik in einem erbärmlichen Zustand. Die Kälte, der Sand, Läuse,

Krätze, Ruhr und andere Krankheiten rafften viele Babys und Kinder in den Lagern dahin. Die Sterblichkeitsrate war enorm hoch, und die Aufnahme in die Entbindungsklinik bedeutete für die Frauen einen Hoffnungsschimmer. Viele hatten nicht die Möglichkeit, ihre älteren Kinder mitzunehmen und mussten sie in den Lagern zurücklassen. Das waren herzerreissende Szenen, und für die Familien waren solche Trennungen unglaublich traumatisch.

Doch die Ruhe, der Schutz vor Wind und Kälte sowie ausreichend Nahrung in der Entbindungsklinik bedeuteten für diese Frauen

und Kinder eine unverhoffte Hilfe. Der Zufluchtsort bot entwurzelten und ausgegrenzten Frauen eine Oase des Friedens und Unterstützung, damit sie ihre Mutterschaft meistern konnten. Einige Schwangerschaften waren die Folge einer Vergewaltigung, und die damit verbundenen psychischen Folgen erschwerten die Betreuung zusätzlich.

Viele Frauen kamen in einem stark geschwächten Zustand in der Entbindungsklinik an, manchmal mit kleinen und kranken Kindern im Schlepptau, was das Stillen erheblich erschwerte. Doch unter den Frauen herrschte Solidarität, und zahlreiche Babys konnten schliesslich von anderen Müttern gestillt und gerettet werden.

Kaum waren die Mütter wieder auf den Beinen, mussten sie in die Lager zurückkehren. Elisabeth Eidenbenz jedoch wollte so viele Frauen und Kinder wie möglich vor diesem Schicksal bewahren und versuchte, ihnen eine Arbeit entweder im Schloss oder in einer anderen Schweizer Hilfseinrichtung zu verschaffen. An Ostern 1944 forderte die Gestapo die Entbindungsklinik auf, die Ein-

richtung innerhalb von drei Tagen zu räumen. Dann setzte sie die endgültige Schliessung des Betriebs durch.

Auszeichnungen und Ehrungen

Elisabeth Eidenbenz wurden zahlreiche Auszeichnungen verliehen, darunter 2002 vom Staat Israel, der sie als «Gerechte unter den Völkern» ehrte. 2006 überreichte der spanische Staat ihr das Goldene Ehrenkreuz des Ordens für soziale Solidarität, im selben Jahr erhielt sie von der katalanischen Regierung den Kulturpreis «Creu de Sant Jordi» und 2007 von der französischen Regierung den Orden der Ehrenlegion.

Alle ihre Auszeichnungen und Ehrungen widmete Elisabeth einer jüdischen Frau namens Lucie, die ein totes Kind zur Welt gebracht hatte und in der Entbindungsklinik geblieben war, um Babys zu stillen, deren Mütter dazu nicht in der Lage waren. 1943 wurde Lucie von der Gestapo verhaftet.

Bisher wurde Elisabeth Eidenbenz in der Schweiz kaum gewürdigt. Obwohl sie sich

um alle Frauen in Not kümmerte und sie unabhängig von ihrer Herkunft oder Konfession bei sich aufnahm, ist ihre Lebensgeschichte wenig bekannt und bis heute wurde sie von ihrem eigenen Land nicht für ihr Schaffen geehrt.

In den letzten Jahren ihres Lebens wohnte Elisabeth bei einer Freundin in Österreich. 2008 kehrte sie nach Zürich zurück, wo sie 2011 verstarb.

Die Entbindungsklinik heute

Der historischen Stätte, die zu einem Museum umgebaut und 2013 unter Denkmalschutz gestellt wurde, mangelt es derzeit leider an finanziellen Mitteln. Wie Nicolas Garcia, der Bürgermeister von Elne, bekannt gab, sind Renovierungsarbeiten in Höhe von 4 Millionen Euro erforderlich.

Um diesen Gedenkort zu erhalten, ist es laut Nicolas Garcia unerlässlich, dass die Schweiz die Sanierung des Geländes finanziell unterstützt.



Eine wichtige Auffangeinrichtung für Mütter in Not: die Maternité Suisse d'Elne.



Stillende Frauen in der Maternité – und im Hintergrund diskret die Schweizer Flagge.

Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 25. Juni 2025 beschlossen, dass am 30. November 2025 über folgende eidgenössische Vorlagen abgestimmt werden soll:

- Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» (BBI 2025 2027)
- Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» (BBI 2025 2026)

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.



Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- Eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Schutz vor missbräuchlichen Mieten (Mietpreis Initiative)» (3. Dezember 2026)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter <https://www.bk.admin.ch/>

- > Politische Rechte
- > Volksinitiativen
- > Hängige Volksinitiativen



Für Schweizer Jugendliche aus dem Ausland ein unvergesslicher Sommer

Die Sommerlager 2025 der ASO boten Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren eine einzigartige Erfahrung im Herzen der Schweiz – Begegnungen, Natur und Abenteuer pur.

Wie jedes Jahr seit 1934 organisierte die Auslandschweizer-Organisation (ASO) verschiedene Sommerlager in den vier Sprachregionen unseres Landes. Dabei hatten Teilnehmende aus aller Welt die Gelegenheit, die kulturelle und geografische Vielfalt der Schweiz zu entdecken. Obwohl das Wetter so abwechslungsreich war wie die Aktivitäten, blieb die Stimmung durchwegs gut.

Julia aus Frankreich erzählt:

«Ich hatte eine unglaubliche Zeit. Ich habe wunderbare Menschen kennengelernt, die ich nie vergessen werde. Zusammen haben wir unvergessliche Momente erlebt, zum Beispiel beim Wandern mit atemberaubender Aussicht. Ich werde diese Erinnerungen für immer im Herzen tragen.»

José aus Spanien fügt hinzu:

«Ich habe im Ferienlager tolle Erfahrungen gemacht und neue Leute aus der ganzen Welt kennengelernt. Auch die Schweizer Kultur habe ich genossen und viel Neues darüber gelernt.»

Beatrice aus Deutschland verrät uns:

«Im Lager haben wir beim internationalen Abendessen nicht nur andere Kulturen kennengelernt, sondern auch viel über die Schweiz erfahren. Am 1. August haben wir Minigolf gespielt, was eine Schweizer Erfindung ist, und ein Fondue genossen. Wir haben einen

unvergesslichen letzten Abend miteinander verbracht. Es ist wirklich toll, Gleichaltrige aus aller Welt an so friedlichen Orten auf dem Land oder in pulsierenden Städten wie Lausanne und Luzern kennenzulernen.»

Mariane aus Brasilien meint:

«Das Sommerlager in Sainte-Croix war die beste Erfahrung, die ich je in der Schweiz gemacht habe. Die Erinnerungen an die Wanderungen, die sportlichen Aktivitäten, die Gespräche mit neuen Freundinnen und Freunden, die Lagerfeuer und vor allem das Kochen beim internationalen Abendessen werde ich niemals vergessen. Es hat wirklich Spass gemacht, junge Leute aus aller Welt zu treffen, neue Freundschaften zu schliessen.»

Alle Angebote des Jugenddienstes finden Sie unter www.revue.link/lager. Für weitere Informationen steht Ihnen der Jugenddienst gerne zur Verfügung.

MARIE BLOCH, LEITERIN DES JUGENDDIENSTES DER OSE



Auslandschweizer-Organisation SwissCommunity, Jugenddienst
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 24
youth@swisscommunity.org
www.swisscommunity.org



Inmitten von Seen und Bergen, ein Besuch auf Schloss Meggenhorn in Luzern. Foto ZVG

Swissinfo unter Druck: Eine Frage des politischen Willens

Ein Meinungsbeitrag von Larissa M. Bieler, Swissinfo

Sollten Auslandschweizer mehr politischen Einfluss haben? Diese Frage ist auf der Dialog-Plattform der SRG kontrovers diskutiert worden: «Ja, gebt ihnen mehr Mitspracherecht. Menschen, die in verschiedenen Ländern gelebt haben, sind viel klüger. Sie haben ein besseres Verständnis für verschiedene Kulturen und dafür, wo die Welt zu einem bestimmten Zeitpunkt steht.» Aber auch: «Meiner Ansicht nach sollten Leute, die das Land mehr als ein Jahr verlassen, bis zur eventuellen Rückkehr hier nicht mehr abstimmen dürfen.»

Als Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer wissen Sie, dass Sie im Inland aufgrund Ihrer Rechte polarisieren. Dabei geht es oft um haltlose «Schmarotzer»-Vorwürfe, Sozialhilfe und die steigende Anzahl der Auslandschweizer, um politische Macht und Abstimmungsergebnisse. Fern der Heimat, politisch stimmberechtigt – das provoziert Fragen zur Zugehörigkeit, zur Gerechtigkeit, zur Solidarität. In solch emotionalisierten Debatten rückt die Auslandschweiz vermehrt in den Fokus von Medien und Politik.

Bundesrat möchte Halbierung des Angebots fürs Ausland

Umso wichtiger ist eine beständige und sachliche Berichterstattung, nicht nur über, sondern für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer – differenziert, einordnend und im Dialog. Dieser Informationsauftrag ist im Gesetz verankert. 1935 als «Schweizer Radio International» gegründet, tut Swissinfo dies heute als digitales Angebot in zehn Sprachen. Mit rund 45 Mio. Website-Besuchen pro Jahr, in Krisenzeiten deutlich mehr.

Warum dies demokratiepolitisch bedeutend ist? Auslandschweizer sind von politischen Entscheiden oft anders betroffen als Schweizerinnen und Schweizer im Inland. Schafft man die Kinderrenten ab, werden Härtefälle in der Schweiz durch Ergänzungsleistungen abgedeckt. Im Ausland nicht, es gibt dort keine Ergänzungsleistungen. Und wenn Auslandschweizer anders abstimmen, verdient das im Inland Aufmerksamkeit. Doch dieses bewährte und gesetzlich veran-



**«Die 830 000
Auslandschweizer bilden
den viertgrössten «Kanton».
Die Auslandschweiz
braucht starke Medien
wie Swissinfo und die
Schweizer Revue»**

Larissa Margot Bieler, die in diesem Meinungsbeitrag aus Sicht von Swissinfo zur aktuellen Spar- und Leistungsabbaudebatte Stellung nimmt, ist Direktorin Swissinfo und Mitglied der Geschäftsleitung der SRG

kerte Auslandsangebot steht unter massivem politischem Druck: Der Bundesrat plant, im Entlastungspaket ab 2027 die Bundessubventionen für das internationale Angebot der SRG vollständig zu streichen. Das käme einer Halbierung des Budgets gleich – mit Folgen für die mediale Grundversorgung der Auslandschweiz wie für die Präsenz und Souveränität der global vernetzten Schweiz.

Lebensrealität statt Quotenhit

Swissinfo ist demokratisches Werkzeug für die Schweiz. Auswanderer-Geschichten sorgen für Quotenhits im Inland, doch die Infor-

mationsbedürfnisse der Community sind damit nicht abgedeckt. «Das hat mit unserer Lebensrealität oft wenig zu tun», sagte mir kürzlich eine Auslandschweizerin. Wer das politische Geschehen aus der Distanz verfolgt, braucht Kontext, Einordnung und eine kompakte Schweizer Gesamtsicht. Swissinfo liefert dies genau dort, wo nötig, und ermöglicht den Auslandschweizern, ihre politischen Rechte gut informiert auszuüben: Tägliche Nachrichten-Briefings, Austausch und Vernetzung in einer Community mit eigenen Perspektiven, Sorgen und Bedürfnissen – all das ist einzigartig als Medienangebot, aber kein Luxus, sondern Notwendigkeit.

Ein Kanton ohne Medien?

Ein Kanton ohne Medienangebot wäre heute demokratiepolitisch undenkbar. Die 830 000 Auslandschweizer bilden den viertgrössten «Kanton» der Schweiz. Auch wenn es mit der künstlichen Intelligenz technische Möglichkeiten gibt, macht ein Übersetzungsbutton aus einer Nachrichtensendung keine verständliche Berichterstattung für Menschen, die seit Jahrzehnten im Ausland leben oder aufgewachsen sind und den roten Pass besitzen. Swissinfo übersetzt nicht nur sprachlich, sondern auch kulturell und politisch. Diese Brückenfunktion fällt weg, wenn Inhalte zwar technisch verfügbar, aber nicht eingeordnet werden. Und kommerzielle, private Medien können diese Aufgabe nicht übernehmen.

Die Auslandschweiz ist Teil der demokratischen Vielfalt der Schweiz. Sie braucht starke Medien wie Swissinfo und die von der ASO herausgegebene «Schweizer Revue» – nicht nur im Moment öffentlicher Empörung, sondern dauerhaft. Diese Aspekte wurden im Entlastungspaket 27 zu wenig berücksichtigt. Die Politik kann diesen Kurs im Herbst im Parlament wieder korrigieren.

SWI [swissinfo.ch](https://www.swissinfo.ch)



Die Sommersaison der SJAS war erneut ein voller Erfolg



Der Juni war in der Schweiz brutheiss. Schwimmen in der Aare kühlte perfekt ab. Foto Pixofluna



Wenn die Felsen unüberwindbar steil sind, hilft eine Treppe: Ausflug im Berner Oberland. Foto Noah Rüegge

In unseren zehn Sommerferienlagern durften wir insgesamt 356 Kinder und Jugendliche aus 45 verschiedenen Ländern begrüßen. Der Sommer startete mit einer intensiven Hitzewelle, die sich gegen Saisonende in kräftigen Niederschlägen entlud. Doch ob Sonne oder Regen – die Stimmung blieb in allen Camps ausgelassen und fröhlich!

Die Lager fanden in der ganzen Schweiz statt, und insbesondere die Swiss Trips legten auf ihren Entdeckungstouren quer durchs Land viele Kilometer zurück. Insgesamt wurden zwölf Kantone in drei Sprachregionen besucht – und auf dem Weg von A nach B sicher noch einige mehr durchquert.

Ein besonderes Highlight in jedem Lager ist der internationale Abend, bei dem nicht nur die Schweiz, sondern auch die Herkunftsländer der Teilnehmenden gefeiert werden. Die Kinder und Jugendlichen gestalten Plakate mit spannenden Infos über ihr Heimatland und präsentieren dazu einen mitgebrachten Snack. Die Vielfalt reicht von süss über salzig bis scharf – und wird von allen neugierig und mit grossem Appetit probiert.

Ein weiterer Höhepunkt war wie fast jedes Jahr die traditionelle Fahrt mit dem Schlauchboot auf dem Fluss Aare. Die Fahrt von Thun nach Bern dauerte mehrere Stunden – ein rasanter Flussritt, bei dem bei gutem Wetter natürlich auch ein Sprung in die Aare nicht fehlen durfte.

Die neuen Orte und Daten für den Sommer 2026 werden im Dezember 2025 veröffentlicht. Doch davor freuen wir uns auf zwei weitere Highlights: das Winterferienlager in Melchsee-Frutt und das Juskila in der Lenk.

ISABELLE STEBLER, SJAS



Hoch hinaus! «Wandern» über der Skyline des Berner Oberlands. Foto Noah Rüegge



Ein vorsichtiger erster Schritt auf die sommerlichen Schneeresten in den Alpen. Foto Pixofluna



Wer nicht wagt, der nicht gewinnt

Die Auslandschweizerin Sara Alouini ist in Tunesien aufgewachsen und hat sich entschieden, für ihre Berufslehre in die Schweiz zu kommen. Bereits vor ihrer Ankunft kontaktierte sie educationsuisse, um ihre Ausbildungsmöglichkeiten abzuklären und sich nach Stipendien zur erkundigen.

Während der Lehre konnte sie gleichzeitig auch die Berufsmatur abschliessen: Türöffner für ein universitäres Studium an einer Fachhochschule.



Wie sich der Neubeginn in der Schweiz anfühlte und wie abwechslungsreich ihre Lehre als Elektronikerin mit dem Entwerfen von Schaltplänen, der Programmierung von Mikrocontrollern, dem 3D-Drucken und vielem mehr war, erzählt sie in der aktuellen Online-Ausgabe der «Schweizer Revue». Hier lesen Sie, wieso die Lehre für Sara Alouini die goldrichtige Entscheidung war und wie ihre Reise nun weitergeht: www.revue.link/sarad

Educationsuisse bietet jungen Auslandschweizer:innen Beratung und Unterstützung rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz».



Educationsuisse
Ausbildung in der Schweiz
Alpenstrasse 26
3006 Bern, Schweiz
+41 31 356 61 04
info@educationsuisse.ch
educationsuisse.ch



Verjüngt, repräsentativ – und selbstbewusst

Das Bundeshaus in Bern gehörte an zwei Augusttagen ganz dem erneuerten Auslandschweizerrat. Und der Rat – gewissermassen das «Parlament der Fünften Schweiz» – fällte erste Entscheide und debattierte über seine Rolle.

Mitten ins geschichtsträchtige, politische Zentrum der Schweiz: Mit dem Bundeshaus wurde dem Auslandschweizerrat (ASR) zum Auftakt seiner neuen Legislatur ein sehr exklusiver Tagungsort gewährt. Damit wird die Rolle unterstrichen, die das «Parlament der Fünften Schweiz» einnehmen will: Der ASR versteht sich als Gremium, das die Bedürfnisse und Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aufnimmt, formuliert – und den politischen Entscheidungsträgern in Bundesbern näherbringt.

Die Zusammenkunft des ASR umfasste zwei Tage unter dem Label «Swisscommunity Days»: Am 22. August 2025 suchten bisherige und neue Ratsmitglieder und zahlreiche weitere Interessierte an Workshops nach Antworten auf die Frage, wie der ASR seine Arbeit bestmöglichst erfüllen und seine Anliegen wirkungsvoll in die nationale Politik einbringen kann. Der Einbezug bisheriger und neugewählter Ratsmitglieder sorgte dabei für den wichtigen Wissenstransfer.

An der konstituierenden Ratssitzung vom 23. August 2025 fällte der erneuerte Rat – notabene im Nationalratssaal – erste Entscheide. Er entschied mit 83 zu 3 Stimmen, die Einführung einer staatlich kontrollierten E-ID zu unterstützen. Dieser elektronische Identitätsnachweis ist aus Sicht des ASR wichtig, um den im Ausland Lebenden den Kontakt mit Schweizer Behörden zu erleichtern. Auf lange Sicht erleichtere die E-ID zudem taugliche E-Voting-Abläufe. Bei den aktuellen E-Voting-Testbetrieben einzelner Kantone spielt der postalische Weg nämlich nach wie vor eine wichtige Rolle: Die Zugangsdaten werden noch immer brieflich verschickt und kommen je nach Weltgegend spät an – oder zu spät. Ob die Parole des ASR zur E-ID Gehör fand, zeigte sich am Abstimmungswochenende vom 28. September, also deutlich nach Redaktionsschluss dieser «Revue».

Der Beginn der neuen Legislatur des ASR markiert auch den Abschluss eines wichtigen Reformschrittes. Als Pilotversuch konnten alle Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in 13 Wahlkreisen ihre Delegierten direkt – und auf elektronischem Weg – wählen. Deren Wahl war somit breit abgestützt. Der Rat als Ganzes ist heute in der Folge repräsentativer als bisher. Erstmals direkt gewählt wurden 47 der 120 Delegierten, durchaus mit Folgen. Die Zahl neuer Gesichter ist hoch, viele der Neugewählten sind



Tagen in würdiger Umgebung: Der ASR an seiner Sitzung vom 23. August 2025 im Nationalratssaal. Foto ASO

sichtlich jünger – und die Ratskultur wirkt bereits verändert: Auf der Suche nach seiner Rolle forderte der neue ASR den ASO-Vorstand auch mit durchaus kritischen Voten heraus. An Lebendigkeit mangelt es dem erneuerten Rat nicht.

In vier Jahren flächendeckende Direktwahlen

Bei den Wahlen von 2029 soll der Erneuerungsprozess fortgesetzt werden, versprach ASO-Präsident Filippo Lombardi. Geht es nach ihm, werden in vier Jahren «klar über 90 Prozent» aller Delegierten direkt gewählt. Erste Weichen dazu sind bereits gestellt. Laut dem ASR-Delegierten Noel Frei, der die eingesetzte Arbeitsgruppe zu den Direktwahlen wesentlich mitprägte, hat die Fachhochschule Bern die fachliche und das EDA die administrative Unterstützung für flächendeckende Direktwahlen 2029 bereits zugesichert. Freis Einschätzung zu den zurückliegenden Wahlen: hinsichtlich Transparenz und Teilhabe «ein grosser Erfolg». Entscheidend wichtig sei die Information durch das EDA gewesen: «Sie stellt den Schlüssel zur erfolgreichen Wahl dar.» (MUL)

Zahlreiche fotografische Impressionen der «SwissCommunity Days» sind in der Online-Ausgabe dieses Beitrags zu finden. www.revue.ch

1/800 000



Die Fünfte Schweiz ist ein buntes, vielfältiges, vielsprachiges Puzzle aus weit über 800 000 Teilen. Das heutige Puzzleteilchen legt ...

... **Susanne Mueller, 61, lebt seit 1991 in New York, USA. Sie ist im Bereich Consulting & Coaching tätig und verbindet Business-Consulting und Sport.**

Was braucht es, um sagen zu können: Da bin ich daheim?

Inzwischen fühle ich mich dort zuhause, wo mein Computer ist. Meine Arbeit findet zu hundert Prozent online statt, also kann ich überall arbeiten, wo es Internet hat. Es ist etwas traurig, dies einzugehen, entspricht aber der heutigen Zeit und damit der Wahrheit.

Wie und wann zeigst du im Alltag, dass du Schweizerin bist?

Ich erwähne es immer, wenn ich mich vorstelle. Denn es führt zu angenehmen Gesprächsthemen wie Reisen, Wandern, Skifahren oder Schokolade. Aber ich sage auch, dass die Frauen in der Schweiz erst ab 1971 abstimmen durften!

Wenn Freunde von dir ein typisches Schweizer Menü erwarten: Was kochst du?

Käsefondue. Ich habe gelernt, es nicht aus dem Päckli zu machen, und ich freue mich, dass es immer schmeckt.

Fühlst du dich bei Besuchen in der Schweiz manchmal fremd?

Ja, manchmal kommt es vor, dass ich im Bus nach dem Weg fragen muss. Die Leute verstehen nicht so recht, dass man nicht alles wissen kann oder muss, auch wenn man Schweizerdeutsch spricht.

In welcher Sprache träumst du?

Schweizerdeutsch, manchmal aber auch in einem Sprachengemisch. Vor Jahren, auf dem Heimweg von China in die USA, träumte ich, dass ich fließend Chinesisch spreche. Doch dann weckte mich meine Nachbarin auf und ich merkte: doch nicht. Das war etwas ärgerlich.

Wie informierst du dich über das Geschehen in der Schweiz?

Ich lese gerne online den «Tages-Anzeiger» und manchmal «20 Minuten». Ich geniesse die Kolumne von Milena Moser im «Sonntags-Blick», in der sie über ihr Leben in den USA und der Schweiz berichtet. Zudem ist meine Mutter immer gut informiert und teilt gerne mit, was in der Schweiz wichtig und hörenswert ist.

Schweizerin zu sein, heisst ...

... am New-York-City-Marathon stolz eine kleine Schweizer Fahne zu tragen. Und eine kleine Schweizer Fahne auf den Mount Kilimanjaro mitzunehmen, damit ich in der Nacht mein Zelt fand.

Wenn ich an die Schweiz denke ...

... denke ich an den wunderschönen, kühlen, klaren Thunersee, in dem ich endlos schwimmen kann, mit den weissen Schneebergen im Hintergrund.

Mehr unter: www.revue.link/puzzle

Ihre Spenden an die «Schweizer Revue» werden noch wichtiger

Die kleinen und grossen Spenden von Leserinnen und Lesern sind für uns bereits heute eine wichtige Stütze. Jetzt werden Spenden noch wichtiger: Der Bund hat angekündigt, zahlreiche Subventionen zu kürzen – auch bei der «Schweizer Revue». Unsere Möglichkeiten, die gedruckte «Revue» weiterhin kostenlos zu versenden, werden eng. Gemeinsam mit Ihnen wird es aber gelingen, die Zukunft der «Revue» zu sichern und den unabhängigen Qualitätsjournalismus weiterzuverfolgen, für den das Redaktionsteam einsteht. Setzen Sie ein Zeichen und zeigen Sie Solidarität mit der «Revue».

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Angaben für die Überweisung freiwilliger Abonnementsbeiträge:

Spenden mit Kreditkarte

www.revue.link/creditrevue



Spenden per PayPal

www.revue.link/revue



Spenden mit Banküberweisung

IBAN: CH97 0079 0016 1294 4609 8
Bank: Berner Kantonalbank
Bundesplatz 8
CH-3011 Bern
BIC/SWIFT: KBBECH22

Zugunsten:

BEKB Bern
Konto 16.129.446.0.98
Auslandschweizer-Organisation
z/Hd. Herrn A. Kiskery
Alpenstrasse 26, CH-3006 Bern
Referenz: Support Swiss Review

So erreichen Sie die «Schweizer Revue»:
revue@swisscommunity.org
Telefon +41 31 356 61 10

Stipendien für eine Berufslehre oder ein universitäres Studium in der Schweiz

Die «Stiftung für die Auslandschweizer» verwaltet seit 1961 Fonds, mit denen unter anderem junge Auslandschweizer:innen unterstützt werden, die in der Schweiz eine Berufslehre oder ein universitäres Studium absolvieren möchten und deren Familien nicht über ausreichende Mittel verfügen.

Für weitere Informationen, und um ein Stipendiengesuch einzugeben, kontaktieren Sie bitte educationsuisse, Ausbildung in der Schweiz, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz Tel. +41 31 356 61 04; info@educationsuisse.ch

Was Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bewegt

Bildquelle: Getty Images

Wussten Sie, dass die Zürcher Kantonalbank für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer keine Mindesteinlage fordert, unabhängig von ihrem Wohnsitz? Silvana Leutwiler, Marktverantwortliche Auslandschweizer bei der ZKB, spricht über die Bedürfnisse der «fünften Schweiz» und über die Herausforderungen.

Welche Trends beobachten Sie in Ihrer Tätigkeit bei der ZKB?

Im Bereich der Finanzdienstleistungen für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zeichnen sich drei zentrale Trends ab:

Erstens bleibt die persönliche Beratung ein wichtiger Faktor, da viele Auswandernde individuelle Betreuung in ihrer Muttersprache schätzen. Die Zürcher Kantonalbank bietet hier weltweit Unterstützung und vermittelt durch gemeinsame Werte ein Gefühl von Heimat.

Zweitens spielt Sicherheit eine entscheidende Rolle – die stabile Schweizer Wirtschaft, der starke Franken und die Diskretion machen Schweizer Banken weiterhin attraktiv, weshalb viele auch nach einem Domizilwechsel ihr Konto behalten.

Drittens hat die Digitalisierung die Finanzwelt stark verändert: Mobile Banking und digitale Kanäle ermöglichen sichere Transaktionen und Kommunikation unabhängig von Ort und Zeit und stärken die Verbindung zur Heimat.

Was empfehlen Sie in Bezug auf rechtliche und regulatorische Anforderungen?

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sollten sich rechtzeitig bei ihrer Bank informieren, ob eine Weiterführung oder Neueröffnung der Geschäftsbeziehung im jeweiligen Wohnsitzland möglich ist. Je nach Land können rechtliche oder regulatorische Anforderungen die Bankgeschäfte mit einer Schweizer Bank beeinflussen. Notwendige Schritte umfassen die Aktualisierung von Bankdokumenten sowie administrative Formalitäten wie Vertragsanpassungen, die teilweise eine Unterschrift in der Schweiz erfordern.

Welche steuerlichen Punkte sollten beachtet werden?

Schweizer Auswanderinnen und Auswanderer sollten bei der Verwaltung ihrer Finanzen verschiedene steuerliche Aspekte berücksichtigen, wie etwa Doppelbesteuerungsabkommen, Meldepflichten oder Kapitalertragssteuern. Je nach Wohnsitzland können spezifische Regelungen zur Altersvorsorge oder variierende Steuersysteme, Sozialversicherungsbeiträge und Ab-

gaben eine Rolle spielen. Um steuerliche Verpflichtungen in der Schweiz und im Ausland korrekt zu erfüllen, ist eine umfassende Betrachtung der individuellen Situation sowie die Beratung durch eine Fachstelle empfehlenswert.



Silvana Leutwiler,
Marktverantwortliche Auslandschweizer
bei der Zürcher Kantonalbank

Eine zentrale Aufgabe sieht Silvana Leutwiler darin, den Leistungsauftrag der Zürcher Kantonalbank mit sicherzustellen. Dies bedeutet, dass Schweizerinnen und Schweizer ihre finanzielle Bankbeziehung in der Schweiz aufrechterhalten können, unabhängig vom Vermögen und vom Domizilland (ausgenommen sind sanktionierte Länder).

Tipps aus der Praxis:

So können Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sicherstellen, dass ihre Bankgeschäfte sicher und geschützt sind:

1. Wählen Sie eine Bank Ihres Vertrauens und berücksichtigen Sie dabei das Rating der unabhängigen Rating-Agenturen sowie die Reputation.
2. Pflegen Sie einen regelmäßigen Kontakt zu Ihrer Bank.
3. Verwenden Sie sichere Passwörter.
4. Überwachen Sie Ihre Konten regelmässig.
5. Verwenden Sie sichere Internetverbindungen.
6. Aktualisieren Sie Ihre Software.
7. Seien Sie wachsam bei Phishing-Versuchen.

Sie wandern aus? Wir begleiten Sie gerne mit unserer Expertise.

In Zürich zu Hause, in der Welt für Sie da

Wir bleiben mit vollem Engagement die nahe Bank für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Vermögensunabhängig, weltweit.

zkb.ch/auslandschweizer



Sonntags sehen wir die Schweizer Sicht der Dinge.



Jetzt SonntagsZeitung
als E-Paper im Jahresabo
für nur
CHF 79.–

E-Paper verfügbar jeden Sonntag
ab 01:00 Uhr Schweizer Zeit.



SonntagsZeit zum Hinschauen